

Östland

Halbmonatsschrift für Östpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Berlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Lantwischstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretsch, Berlin-Friedenau, Jilstr. 2 • Druck: Westring-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Neulichtstr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Postbezugs vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühren • Anzeigenpreisliste 4 • J. v. M. g. • Alle Zeitungen sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Neulichtstr. 46 (Fernruf B 5 Barbarossa 0914) zu richten

Nr. 23

Berlin, den 1. Dezember 1936

17. Jahrgang

Lübeck's deutsche Aufgabe

Lübeck und Nürnberg wurden gleichsam als Zwillinge geboren. Alt-Nürnberg im Jahre 1025 und Alt-Lübeck im Jahre 1045. Beide Städte mußten in polarer Ergänzung entstehen, weil hier die beiden Brennpunkte deutschen Geistes lagen. Denn zwischen Nürnberg und Lübeck spannte sich bis 1600 das elliptische Kraft- und Strahlungsfeld deutschen Wesens, der geistige Träger des alten Europas. Und in dieser polaren Spannung offenbarte sich von jeher die schöpferische Zwielfalt deutschen Lebens. Beiden Städten wiederfuhr deshalb auch das gleiche Schicksal. Lübeck's und Nürnberg's Lebenskurven liefen parallel. Nürnberg war im alten Reich der Brenn- und Sammelpunkt aller geistigen Kräfte und Mächte des oberdeutschen Raumes: vom Rhein bis zum Schwarzen Meer. Lübeck für den niederdeutschen Raum: von Flandern bis Nowgorod. Im oberdeutschen Raum wurzelte die alte deutsche Kaiser-macht; sie erkor sich Nürnberg zum Symbol ihrer Herrlichkeit und kulturellen Schöpfers-kraft. Im niederdeutschen, im hansischen Raum hingegen wurzelte die weiterobernde Macht und kulturelle Kraft deutschen seefahrenden Bauern- und Wikingerturns; sie erwählte sich Lübeck zum Haupt der „deutschen Hanse“. Lübeck hieß das „Nürnberg des Nordens“. Der rheinische Städtebund unter Nürnberg's Führung entstand zu gleicher Zeit wie der Bund wendischer Städte, die Urzelle der Hanse, unter Lübeck's Führung. Mit Pflug und Schwert wurde von Nürnberg aus der Donauraum, der Südosten, wieder geöffnet; von Lübeck aus der Nordosten.

Die tiefe Musikalität, die Vielfalt und Lieblichkeit und den ganzen Reichtum deutscher Kunst und deutschen Kunstgewerbes brachte Nürnberg neben großzügiger Wirtschafts-planung in dem gesamten oberdeutschen Raum und weit darüber hinaus zum Schwingen und Klingen. Der oberdeutsche Raum stand in einem festen Schwingungsverhältnis zu Nürnberg. In gleicher Weise war Lübeck die Stimmgabel des niederdeutschen Raumes. Unter grauem Himmel und ziehenden Wolken, an den Ufern der grauen Meere, schuf es die harte, herbe, in sich verschlossene und doch himmelstürmende Gemeinschaft des Backsteingotischen und umspannte in großzügiger Handelsplanung weit darüber hinaus die Reiche des Nordens und Westens.

So schloß sich um Nürnberg und Lübeck der erste europäische Wirtschafts- und Kulturkreislauf: vom Schwarzen Meer über Donau, Main, Rhein bis Westfalen und Holland, von da über Nord- und Ostsee, Peipussee und Dnjepr bis wieder ans Schwarze Meer. In diesem Raum hinein stießen nun in dreifach gegliederter Staffel Heinrich der Löwe (Baperns und Niedersachsens größter Herzog), die Hanse und der Deutsche Ritter-orden, um den in der Völkerwanderung von germanischen Menschen leergewordenen Raum wieder mit deutschem Blut aufzufüllen. So wurden Lübeck und Nürnberg Eck-pfeiler der ersten deutschen Östpolitik. Eingeschlossen in diesen kontinental-europäischen Wirtschafts- und Kulturkreislauf erblühte dann die hohe Kunst und Kultur des ersten Reiches.

Die Geburt des neuen Deutschlands wird wieder eine neue kontinentaleuropäische „Akropolis- und Kulturgemeinschaft“ entstehen lassen. Die „viva“ in der geachteten Souveränität jedes Volkstums, in seiner staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, ihre Basis finden und sich dadurch unterscheiden vom mittelalterlichen und vom liberalistischen Europa, in welchem beiden es den gottgegebenen Lebenskräften jedes Volkstums nicht gestattet war, sich verschiedene, ihrer Eigenart gemäße Staats-, Kultur- und Wirtschaftsformen zu schaffen. In welchem die Souveränität der einzelnen Volkspersönlichkeiten vergewaltigt wurde durch von außen herangetragen, nur erdachte imperiale Staats- und universalistische Glaubensideen, die den Vorrang beanspruchten, — und deren Geburtsstätte immer die Gestade des Mittelmeeres waren. Denn der Geist der Völker des Nord- und Ostseekreises stand zu diesen imperialen Ideologien des Mittelmeerkreises immer im schärfsten Gegensatz, so daß die Geschichte Europas seit 2000 Jahren in der Hauptsache ein Kampf ist zwischen der imperialistischen, universalistischen und despotischen Geisteshaltung der Völker des Mittelmeeres und der auf nordischer, d. h. natürlicher Demokratie, auf natürlicher Verschiedenheit, beruhenden Geisteshaltung der Völker des Nordostseekreises — ein 2000jähriger Kampf zwischen Herrschaft und Führung! Denn der Norden will das Chaos von innen bändigen: durch Selbstjudt. Der Süden aber kann es nur von außen her: durch Gewaltanwendung, durch äußere Zucht. Deshalb im Norden das totale Volkstum, im Süden aber der totale Staat.

Die Geisteshaltung des Dritten Reiches erneuert die alte Bedeutung der beiden Brennpunkte: Nürnberg und Lübeck. Nürnberg wird wieder die Repräsentantin der stärksten politischen Macht des Reiches: sie wurde vom Führer zur „Stadt der Reichsparteitage“ erhoben. Lübeck wird wieder zur Repräsentantin des nordischen Gedankens: sie wurde die Stadt der Reichstagenen nordischen Geistes. Lübeck wird wieder das Nürnberg des Nordens. Und damit ist die alte natürliche Polarität deutschen Wesens wiederhergestellt und beiden Städten werden ihre alten Aufgaben wieder zugeteilt. Die Hauptverkehrslinien einer neuen kontinental-europäischen Arbeits- und Kulturgemeinschaft auf der Grundlage gleichberechtigter Zusammenarbeit und Ergänzung werden im großen und ganzen wieder in den Bahnen der alten hanseischen Geise verlaufen. Ein Verkehrskreislauf, der allein durch die mitteleuropäischen Völker, die an diesem Kreislauf beteiligt sind, beherrscht wird und weder vom Mittelmeer noch vom Atlantik her gestört werden kann, und der umgekehrt es auch den an ihm beteiligten Völkern erlaubt, eine weitgehende Uninteressiertheit am Mittelmeer und Atlantik zu erklären. Selbstverständlich bedeutet diese Abwendung vom überseeischen Westen keinen Bruch mit dem Westen. Und niemals kann der Zustand Europas wieder eintreten, der vor der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien und dem fernen Osten bestand. Aber Europa wird wieder Europa. Es gelangt zur Selbstbesinnung und damit wieder zur Selbstbehauptung gegenüber den anderen Erdteilen, in die es 400 Jahre lang seine besten Kräfte verschwendete und die sich heute gegen dieses alte Europa wenden.

Wenn sich heute 70 Millionen deutscher Menschen im Herzen Europas einheitlich vom Westen zum Osten drehen, so muß sich nach und nach ganz Kontinentaleuropa in die gleiche Richtung drehen; ob es will oder nicht. Der kultur- und wirtschaftspolitische Sinn dieser Schwärtdwendung Deutschlands findet nun darin seinen sichtbaren Ausdruck, daß Deutschland seinen ihm unentbehrlichen, zusätzlichen Lebensraum, nämlich seinen Außenhandelsraum, größtenteils vom überseeischen Westen weg zum Osten, d. h. nach Osteuropa, hinüber verlagert. (Nur Südamerika wird hierbei eine Sonderstellung einnehmen.) Dadurch wird den Völkern Süd- bis Nordosteuropas in Deutschland selbst und im Austausch über Deutschland untereinander ein gewaltiger neuer Markt nicht nur für Wirtschafts-, sondern auch für Kulturgüter eröffnet, der eine ungeahnte Intensivierung und Stärkung der gesamten Lebenskräfte Europas bewirken wird.

Es handelt sich also nicht nur um einen Ersatz für die den europäischen Völkern unwiderruflich durch die Strukturänderung der früheren freihändlerischen „Weltwirtschaft“ verlorene gegangenen Austauschmöglichkeiten mit den überseeischen Völkern, sondern zugleich auch um eine bewußte Stärkung des Eigenlebens der Völker des europäischen Kontinents. Der europäische Bedarf muß zuerst in Europa gedeckt

werden! Der europäische Binnenhandel muß zuerst gestärkt werden! Alles was der Boden Europas an Erdfrüchten und Anbaumöglichkeiten hergeben kann, muß zuerst mobilisiert werden, ehe Kontinentaleuropa seine Kaufkraft anderen Kontinenten und Großraumwirtschaften zuwendet! Nicht nur Deutschland, sondern Kontinentaleuropa als Ganzes ist durch die Verschwendung und Zerstreuung seiner Kräfte in alle Welt in seiner wirtschafts-, machts- und kulturpolitischen Bilanz gegenüber der übrigen Welt passiv geworden. Nur eine neue kraftvolle Zusammenfassung und Zusammenarbeit aller europäischen Kontinentalvölker auf der Basis ihrer völkischen, staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Souveränität kann Kontinentaleuropa wieder eine geachtete Stellung unter den neuentstandenen oder entstehenden transozeanischen Großgebilden — dem Britischen Empire, Panamerika, dem japanisch-chinesischen Block usw. — geben.

Lübeck und Nürnberg als Brückentöpfe eines sich neu über Deutschland herausbildenden europäischen Wirtschafts- und Kulturkreislaufes im Nordosten und Südosten erwachen damit wieder zu neuem Leben. Große Baupläne reifen im oberdeutschen Raum, in Nürnberg, München, Augsburg, Regensburg, Ulm, bereits heran. Der niederdeutsche Raum hat nun die Pflicht, von sich aus widerhallend im gleichen Sinn die gleiche Aufgabe zu erfüllen. Lübeck hat deshalb nicht nur die Aufgabe, wieder wirtschafts- und verkehrs- politischer Brückentopf Deutschlands nach dem Ostseeraum zu werden, sondern muß auch wiederum kultureller Sammelpunkt für den gesamten niederdeutschen Raum in Musik und Theater, in Malerei, Literatur und Plastik und vor allem auch in niederdeutschen Städtebau werden. Hierbei wird sich zwischen Lübeck und Hamburg eine ähnliche Arbeitsteilung herausbilden in bezug auf ihre Aufgaben im niederdeutschen Raum und ihre Pflichten dem Ganzen gegenüber, wie sie zwischen Nürnberg und München als der „Stadt der Reichsparteitage“ und als der „Stadt der Bewegung“ bereits besteht. Die neue Geisteshaltung Deutschlands wird eben auch den deutschen Städten wieder ihren alten kulturellen Hochsinn zurückgeben, den sie in der kapitalistisch-liberalistischen Epoche verloren hatten.

Dadurch, daß das neue Deutschland sein Gesicht vom Westen zum Osten wendet, erfolgt auch eine Umlagerung der gesamten deutschen Lebenssubstanz. 400 Jahre lang hatte sich die deutsche Volkssubstanz im Westen gehäuft und den Osten blut- und geistesleer gemacht, so daß Osten volkhaft und geistig in die leeren Räume eindringen konnte. Nunmehr flutet die deutsche Lebenssubstanz langsam zurück und eine neue Wirtschafts- und Verkehrsstruktur entsteht. Heute schon sehen wir in Mitteldeutschland, in Sachsen, um die Elbe und in Thüringen, ein neues starkes Wirtschaftsgebiet entstehen, das dem Rheinland-Westfalens mindestens ebenbürtig wird, und das seinen Ausgleich über die Ostseemündung der Elbe, den Elbe-Lübeck-Kanal, und damit über Lübeck mit dem Baltikum und vor allem auch mit dem neu erscheidenden Wirtschaftsgebiet Ostpreußens suchen muß. Dieser Strukturwechsel der deutschen Volks- und Wirtschaftssubstanz ist ein Vorgang, der sich über Generationen erstrecken wird, und dem auch die Reichsreform Rechnung tragen wird durch Aufrichtung eines möglichst elastischen Verwaltungsgebildes. Werner Dais.

Deutschland, Polen und die Ostsee

Polens Politik in den baltischen Staaten hat in der letzten Zeit eine offensichtliche Belebung erfahren. Außenpolitisch kommt der Versuch, das Gewicht des polnischen Staates im Ostseeraum zu verstärken, in einer erhöhten diplomatischen Tätigkeit Warschaws zum Ausdruck. Auf wissenschaftlichem Gebiete werden die Beziehungen zu den entsprechenden Kreisen der Länder des Ostseeraumes durch die Arbeit des Baltischen Institutes in Thorn und vor allem durch dessen in englischer Sprache erscheinende Zeitschrift „Baltic Countries“ vertieft, mit deren Hilfe die polnische These wirksam in die internationale Behandlung der Ostseeprobleme eingeführt und die gegen das Deutsche Reich gerichtete polnische Position an der Ostsee psychologisch gestärkt worden ist. Wirtschaftlich gründet sich die polnische „Meerespolitik“ auf den Hafen von Gdingen und die polnischen Berechtigungen im Danziger Hafen. Die polnische Handelsflotte setzte sich am 1. Januar 1936 aus 63 Schiffen mit 80000 Brutto- und 46000 Nettoregistertonnen zusammen. Der Gesamtumschlag Danzigs und Gdingens belief sich im vergangenen

Jahre auf 12,6 Millionen Tonnen, von denen aber erst 4,2 Millionen Tonnen (= 9,2 v. H.) auf die polnische Handelsflotte entfielen. Es kommt hinzu die militärische Stärkung der polnischen Position an der Ostsee; ein auf zehn Jahre berechnetes Glottenbauprogramm sieht mit einem Kostenaufwand von 1,5 Milliarden Zloty den Bau von 64 neuen polnischen Kriegsschiffen vor. Ödningen ist zum Wahrzeichen der wirtschaftlichen und politischen Erstarkung des polnischen Staates geworden. Diese symbolhafte Bedeutung kam in ihrer vollen Stärke in einer am 10. Februar d. J. gehaltenen hochpolitischen Rundfunkrede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski, des Schöpfers und Erbauers Ödningens, zum Ausdruck, in der die staatspolitische Aufgabe des polnischen Volkes u. a. in folgende Worte gefaßt worden ist: „Wenn wir leben und das Werk der Befreiung Polens weiterführen wollen, müssen geschlossene disziplinierte Reihen der besten Menschen Polens auf den Plan treten, die von Generation zu Generation die Lösung weitergeben: Die Verteidigungsfähigkeit und die Fähigkeit zu schöpferischer Arbeit verläuft in der Richtung nach Ödningen und zum Baltischen Meere durch das ethnographisch polnische Pommerellen.“ Der historische Moment, da mit den beiden großen Nachbarn im Osten und Westen getragene Beziehungen bestehen, wird von polnischer Seite für den geeignetsten Zeitpunkt für eine seewärtige Expansion nach Norden gehalten.

Eine Rechtfertigung des polnischen Geltungsbedürfnisses nach seewärtiger Macht-erweiterung gibt es weder in historischen Gegebenheiten noch in wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Polnische Politiker weisen selbst darauf hin, daß die Bedeutung des Meeres im früheren Königreich Polen unterschätzt worden ist, wenn sich damals auch einzelne Staatsmänner gefunden haben, die die Notwendigkeit einer starken Flotte erkannt und für diesen Gedanken geworben haben. Es darf als ziemlich sicher gelten, daß Polens Seegeltungsbedürfnis durch die Deutschen Hanse und deren Erfolge angefaßt wurde. Lübeck, als Ausgangspunkt des Siegeszuges deutschen Kaufmannsgeistes nach Norden und Osten, erwarb sich um die Besiedlung der Ostseeküste besondere Verdienste. Und die dem Deutschen Ritterorden im 13. Jahrhundert gestellte Aufgabe konnte nur durch die Rückendeckung der deutschen Stadt Danzig gelöst werden. Der Orden besiegelte den Sieg des Deutstums in den Ländern am Baltischen Meer, und auch seine Niederringung durch Polen konnte der Ostsee ihren germanischen Charakter nicht nehmen. Polens machtpolitische Pläne zur See brachen im 16. Jahrhundert, nach langem Kampfe mit Schweden und Dänemark, zusammen. Im Ringen mit Danzig um die Vorherrschaft an der Weichselmündung zog es gleichfalls den Kürzeren. Es mußte Danzigs Primat anerkennen. Sein damaliger Versuch einer Ausschaltung der Hansestadt aus dem Ostseeverkehr blieb in den Anfängen stecken und zeitigte keine bleibende Wirkung.

Heute ist die Ostsee zwar geographisch und verkehrswirtschaftlich ein Nebenmeer geworden, sie besitzt aber trotzdem als Zubringerstraße der großen Weltverkehrscentren noch erhebliche Bedeutung. Im Rahmen der europäischen Verkehrswirtschaft ist sie ein nicht wegzudenkender Faktor. In der Frage des Wettbewerbs sind die ostbaltischen Häfen, was ihre natürlichen Bedingungen anlangt, infolge der Vereisung, der Verkehrsferne und auch der politischen Verschiebung der Hinterlandsverhältnisse ungünstiger gestellt als die Häfen der mittleren und westlichen Ostsee. Kiel nimmt unter den deutschen Ostseehäfen durch seine günstige Lage am Ausgang des Kaiser-Wilhelm-Kanals gegenüber Lübel und Flensburg eine bevorzugte Stellung ein. Lübeck und auch Stettin können als natürlichen Vorzug ihre verhältnismäßig weit ins Land gezogene Lage geltend machen, doch wird bei Stettin und Königberg dieser Vorteil durch den Nachteil eines künstlichen Seekanals aufgehoben.

Ein Vergleich der natürlichen Lage Danzigs und Ödningens mit derjenigen ihrer Nachbarhäfen zeigt, daß beide Häfen in ihrer Lage zur See besondere Vorteile besitzen. Doch ist für Danzig die Lage an der Weichselmündung ein Vorteil. Allerdings ist der polnische Nationalhafen in Ödningen, obwohl er keine unmittelbare Wasserstraßenverbindung besitzt, 25 Kilometer von der Weichselmündung entfernt liegt, und das Durchschleppen der Binnenschiffe durch die Danziger Bucht recht kostspielig und bei der leichten Bauart der Schiffe mit großen Gefahren verbunden ist, auch im Flußverkehr mit Danzig in einen wirksamen Wettbewerb getreten. Der Binnenwasserstraßenumschlag Ödningens hat mit 132 000 Tonnen im Jahre 1935 sein bisher größtes Volumen erreicht. Beide

Häfen verfügen heute über moderne und leistungsfähige Verladevorrichtungen; sie übertreffen darin Königsberg bedeutend und stehen mit Stettin auf gleicher Höhe. Der tatsächliche Umschlag Ödgingens ist zwar schon größer als derjenige Danzigs, doch ist die Umschlagskapazität Danzigs gegenwärtig noch etwas größer als diejenige des polnischen Hafens.

Der Zutritt Polens zur Ostsee hat für die reichsdeutschen Häfen in mehrfacher Hinsicht eine grundlegende Verschiebung der Wettbewerbslage mit sich gebracht. Einmal ist von den Häfen Königsberg und Stettin das weitere polnische Hinterland abgetrennt worden. Große und für diese Häfen verkehrswirtschaftlich außerordentlich wichtige ehemals ostdeutsche Gebiete sind dem Gefüge des polnischen Wirtschaftskörpers einverleibt und damit Danzig und Ödgingen zugeteilt worden. Ueber das polnische Staatsgebiet hinaus wickeln die verkehrspolitischen Maßnahmen Polens im Sinne einer Konkurrenzverschärfung zwischen Danzig und Ödgingen auf der einen und den reichsdeutschen Seehäfen auf der anderen Seite. Doch hat die polnische Seehafenpolitik trotz aller Ausnahmetarife, die wesentlich unter die Eigenkosten der Beförderung liegen, keinen Neuverkehr größeren Ausmaßes zu entwickeln vermocht, sondern im wesentlichen nur eine Umlenkung des bisher in ostwestlicher Richtung über die Landesgrenze gehenden Verkehrs in die Süd-Nord-Richtung herbeiführen können.

Die bisherige Entwicklung des Ödgingener Hafens, der am 10. Februar 1936 ein Jahrzehnt Stadtrecht besaß, erfolgte in einem geradezu amerikanischen Tempo. Die Stadt, die 1921 noch ein Fischerdorf mit kaum mehr als 1 000 Einwohnern war, zählt heute eine Bevölkerung von rund 85 000. Der im Januar 1936 beschlossene Bebauungsplan des Stadtbezirktes Groß-Ödgingen sieht eine Bevölkerungszahl von 250 000 vor. Ödgingen, dessen seewärtiger Güterumschlag erst 1928 mit geringen Mengen begann, ist heute der größte Ostseehafen. Mit einem Warenverkehr von 7,8 Millionen Tonnen im Jahre 1935 hat es alle anderen Häfen des Ostseeraums überflügelt. Im Maße der Steigerung des seewärtigen Güterverkehrs über Ödgingen ist die Bedeutung Danzigs zurückgegangen, das mit 5,1 Millionen Tonnen Gütern im Jahre 1935 seit mehr als einem Jahrzehnt den geringsten Umschlagsverkehr aufzuweisen gehabt hat.

Die beiden Häfen des polnischen Zollgebietes haben heute die optimale Höhe des Verkehrs überschritten, den ihnen das polnische Wirtschaftsgebiet zu geben vermag. Die Furcht vor einem Absinken ihres Verkehrs läßt die Polen krampfhaft nach den letzten Möglichkeiten suchen, den Transitverkehr auch anderer, nichtpolnischer Wirtschaftsgebiete durch ihr Gebiet und über ihre Häfen zu lenken. Sie versuchen mit Nachdruck den seewärtigen Verkehr der Tschechoslowakei, Oesterreichs, Ungarns und Rumaniens über ihre Küste zu lenken. Und sie erheben dabei gegen die reichsdeutschen Häfen den Vorwurf, durch ihre Konkurrenz den Ausbau und die Ausnutzung Ödgingens bewußt zu gefährden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß sich die seit 1933 eingetretene Steigerung des Güterumschlages in Königsberg und Stettin keineswegs aus einer Steigerung des polnischen Transits über diese Häfen, sondern ganz einfach aus der deutschen Wirtschaftsbelebung ableiten läßt und daß die polnischen Transporte sowohl mengen- wie wertmäßig für die reichsdeutschen Häfen zu geringfügig sind, um in deren Verkehrspolitik eine irgendwie bedeutsame Rolle zu spielen.

Das letzte Jahrzehnt hat die völlige Ausschaltung der deutschen Häfen der Ost- und Nordsee als Vermittler für den polnischen Warenverkehr zum Abschluß gebracht. Man muß sich vor allem klar darüber sein, daß die Gebiete, die heute zum polnischen Staat gehören, vor dem Kriege fast ausschließlich im Aktionsradius des Handels der großen deutschen Häfen der Nord- und Ostsee lagen. Der Königsberger Hafen weitete damals sein Hinterland über das Gebiet der Provinz Ostpreußen aus und umfaßte darüber hinaus die Gebiete des heutigen östlichen und nordöstlichen Polen. Kongreßpolen war die besondere Einflusssphäre des Danziger Hafens. Der Stettiner Hafen spielte für den Erzbezug des oberschlesischen Industriegebietes als Eingangshafen eine bedeutende Rolle und hat auch für den später zu Polen geschlagenen Teil Oberschlesiens zunächst noch eine wirtschaftlich

außerordentlich große Bedeutung gehabt. Weniger regional gebunden, aber wegen der Hochwertigkeit des Warenumschlages besonders bedeutungsvoll war schließlich der Warenaustausch der großen deutschen Nordwesthäfen Hamburg und Bremen mit den Gebieten, die heute zum polnischen Staate gehören.

Die Versailleser Grenzziehung hätte nicht zu einer nennenswerten Unterbindung dieser alteingespielten Handels- und Verkehrsverbindungen zu führen brauchen. Doch hatte die disharmonische Gestaltung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen seit 1925 bald ein starkes Sinken des polnischen Warenverkehrs über die reichsdeutschen Häfen zur Folge. Aber noch in den ersten Jahren des Handelskrieges spielten die deutschen Häfen mengen- und wertmäßig im polnischen fernwärtigen Außenhandel eine erhebliche Rolle. Die Einschaltung des polnischen Staates in die Wirtschaftspolitik, die sich die unbedingte Förderung der Aus- und Einfuhr über Gdingen bzw. Danzig und die ebenso unbedingte Ausschaltung der Vermittlerrolle der reichsdeutschen Häfen zum Ziele gesetzt hatte, hat im vergangenen Jahrzehnt zu einem vollen Erfolg geführt. Ueberblickt man die nachstehende Zusammenfassung, so sieht man, daß in dem letzten statistisch erfaßten Jahr 1934 99 v. H. der fernwärtigen Ein- und Ausfuhr Polens über Gdingen und Danzig gegangen sind, während der entsprechende Anteil dieser Häfen im Jahre 1925 nur rund 73 v. H. betrug. Die Entwicklung der fernwärtigen Ein- und Ausfuhr über Danzig und Gdingen und über die reichsdeutschen Häfen wird durch folgende Zahlenreihen veranschaulicht: (in 1000 Tonnen)

	über Danzig/Gdingen				über deutsche Seehäfen			
	Einfuhr	%	Ausfuhr	%	Einfuhr	%	Ausfuhr	%
1925	648	66	1.916	77	304	34	587	23
1926	465	72	5.663	52	171	28	5.151	48
1927	1.331	81	6.244	87	308	19	947	13
1928	1.610	83	6.748	88	332	17	967	12
1929	1.778	92	9.267	92	159	8	754	8
1930	1.122	87	10.407	93	186	13	756	7
1931	955	86	12.226	97	127	14	409	3
1932	618	92	9.712	99	47	8	82	1
1933	864	98	9.850	99	11	2	118	1
1934	1.006	99	11.373	99	12	1	84	1

Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts wird wohl als endgültig angesehen werden müssen. Die planvolle und zielbewußte Durchführung der Seeküstenpolitik hat nicht nur den fernwärtigen Verkehr Polens überhaupt gesteigert, sie hat auch gleichzeitig dazu geführt, daß die ehemals für die deutschen Seehäfen sehr bedeutsamen Verkehrsbeziehungen zum heute staatspolnischen Hinterland endgültig zerschnitten worden sind, so daß diese eine nennenswerte Bedeutung für den Warenaumschlag des neuen polnischen Staates nicht mehr besitzen.

Prof. Dr. Oberländer.

Deutsche Jugend in Polen

Der Kampf, der gegen die deutsche Jugend in Polen geführt wird, ist ein totaler. Er beginnt vor der Geburt: Die wirtschaftliche Verelendung der deutschen Volksgruppe ist für den völkspolitischen Segner ein Mittel, den biologischen Lebenswillen des Deutschtums zu brechen, ein Mittel, das zum mindesten insofern zum Ziel geführt hat, als sich das städtische Deutschtum in Polen heute durch seine natürliche Zunahme allein nicht mehr zahlenmäßig zu behaupten vermag. Der Kampf wird fortgesetzt gegen die noch nicht im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder. Indem die polnischen Behörden der deutschen Volksgruppe die Einrichtung von Kindergärten entweder völlig verweigern oder durch bürokratische Vorarbeiten über Sprachprüfung, Kinderzahl, bauliche Ausstattung usw. übermäßig erschweren, setzen sie die Kinder derjenigen deutschen Familien, die unter unglücklichen Wohnungs- und Berufsverhältnissen leiden, der Gefahr einer sozialen und sprachlichen

Verwilderung aus. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in der Wojewodschaft Schlesien, also in einem Gebiet, in dem die Betreuung der Kinder außer Hause vom gesundheitlichen, moralischen und völkischen Standpunkte aus eine besonders dringliche Aufgabe ist, nur 30 deutsche Kindergärten bestehen, die von nur etwa 1100 Kindern besucht werden, und daß das Deutschtum in Posen und Pommerellen nur ganz vereinzelte Kindergärten besitzt.

Das Schwergewicht des Kampfes gegen die deutsche Jugend in Polen ist gegen das deutsche Schulwesen gerichtet. Es gibt nicht wenige deutsche Kinder in Polen, die überhaupt keinen Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten, denen zum großen Teil selbst der Religionsunterricht in deutscher Sprache versagt bleibt. Ein erheblicher Teil der deutschen Kinder in Polen besucht öffentliche Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, denen man jedoch in immer höherem Maße die Eignung absprechen muß, aus den deutschen Kindern lebensstüchtige und fest in ihrem Volkstum stehende Menschen zu machen. Denn größtenteils setzt sich der Lehrkörper dieser Schulen nicht etwa aus volkseigenen, sondern aus nationalpolnischen Kräften zusammen, die weder den Auftrag haben, noch die Neigung besitzen, die ihnen anvertrauten Kinder zu volksbewußter Haltung zu erziehen, die zum Teil nicht einmal die deutsche Sprache, in der sie unterrichten sollen, in ausreichendem Maße beherrschen, und die deutsche Unterrichtssprache im Laufe der Zeit fortschreitend zugunsten der polnischen Sprache verdrängen, sie in vielen Fällen sogar schon fast völlig abgeschafft haben, — was die polnischen Statistiker freilich nicht hindert, diese Schulen in ihren Aufstellungen nach wie vor als „deutsche Unterrichtsbetriebe“ erscheinen zu lassen. Nur der übrige Teil der deutschen Kinder in Polen ist in der glücklichen Lage, volkseigene Privatschulen besuchen zu können, die ihnen ein ausreichendes Maß an Wissen und volkspolitischer Festigkeit zu vermitteln vermögen. Der Vermehrung und dem Ausbau dieser Schulen aber werden von den polnischen Behörden immer größere Schwierigkeiten entgegengesetzt. Dem deutschen Kinde in Polen wird das Recht auf den deutschen Lehrerbefristen. In einem vom 7. April 1934 datierten Bescheid des Warschauer Ministeriums für Kultus und Unterricht ist die in einer deutschen Eingabe vertretene Auffassung, daß an öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache nur Lehrkräfte deutschen Volkstums und evangelischen Bekenntnisses zu beschäftigen wären, ausdrücklich als „unbegründet“ abgelehnt worden. Die Folgen einer solchen Schulpolitik sind, daß es in Polen eine von Jahr zu Jahr wachsende Zahl deutscher Kinder gibt, die beim Verlassen der Schule weder Deutsch noch Polnisch richtig zu sprechen und zu schreiben verstehen, und denen es in bezug auf ihre Bildung an den primitivsten Voraussetzungen mangelt, um sich im Lebenskampf zu behaupten, die für das Deutschtum ein Verlust sind, ohne einen Gewinn für das Polentum zu bedeuten.

Die ganze Tragödie der deutschen Jugend in Polen erkennt man aber erst dann, wenn man nach dem Schicksal der Schulentlassenen fragt. Es entspricht durchaus den Tatsachen, wenn gesagt wird, daß das Abgangszeugnis einer deutschen Schule für seinen Inhaber fast so viel wie eine Verteilung zu dauernder Arbeitslosigkeit ist. Es ist auch keine leere Drohung, wenn es einmal in einem polnischen Flugblatt geheißen hat, daß die jungen Menschen, die eine deutsche Schule besucht haben, in Zukunft in Polen nicht einmal das Recht haben sollen, als Straßenkehrer und Kanalarbeiter beschäftigt zu werden. Und die jüdische Feststellung der „Polka Zachodnia“, daß zwei Drittel des ostoberschlesischen Deutschtums daran denken müßten, das Land zu verlassen, weil sie dort doch niemals mehr Lohn und Beschäftigung zu finden vermöchten, weist auf die Haltung der polnischen Behörden ein bezeichnendes Licht. Es versteht sich bei dieser Einstellung von selbst, daß es für einen jungen Deutschen in Polen, ohne Rücksicht auf seine berufliche Eignung, keine Möglichkeit gibt, im öffentlichen Dienst oder in einem der zahllosen, mit öffentlichen Geldern subventionierten Privatbetriebe vor allem der Großindustrie, sei es als Arbeiter oder als Angestellter, unterzukommen. Auch seine Möglichkeiten, einen freien Beruf zu ergreifen, sind nur gering, schon deshalb, weil die Ausübung eines solchen Berufes in vielen Fällen, wie bei Apothekern, Ärzten, Rechtsanwälten usw., von einer staatlichen Genehmigung abhängig ist. Es kommt hinzu, daß bei den polnischen Behörden auch die Neigung besteht, all die Vorschriften, die es für die Ausübung eines handwerklichen oder sonstigen konfessionierten Berufes gibt, als eine Gelegenheit auszunutzen, die

deutsche Jugend um den ihr gebührenden Arbeitsplatz zu betragen. Es ist weiter bekannt, daß im Laufe der Jahre wohl mehrere hunderttausend Hektar deutschen Großgrundbesitzes zwangsweise aufgeteilt worden sind, daß man aber den Landhunger der mehreren 10000 nachgeborenen deutschen Bauernsöhne in Polen bei der Verteilung des deutschen Grund und Bodens in keiner Weise berücksichtigt hat. Es gibt zahllose Belege dafür, wie polnische Arbeitgeber und selbst deutsche Betriebsinhaber, die an sich gern deutsche Arbeiter und Lehrlinge eingestellt hätten, durch die handgreiflichen Drohungen polnischer Chauvinistenverbände oder aus der berechtigten Befürchtung heraus, von den Steuerämtern dann doppelt scharf angefaßt und von den Behörden bei der Vergabung öffentlicher Aufträge ausgeschlossen zu werden, schließlich doch polnische Kräfte eingestellt haben.

Es sollen zu diesem traurigen Kapitel der Arbeitslosigkeit unter der deutschen Jugend in Polen nur einige sehr aufschlußreiche Zahlen angeführt werden: Im Jahre 1934/35 waren von den 18 bis 26jährigen Mitgliedern der Rattowitzer Bezirksvereinigung des Deutschen Volksbundes 1376 arbeitslos und nur 59 Mitglieder standen in Arbeit! Erschütternd sind auch die Angaben, die von einer deutschen Jugendorganisation in Ostoberschlesiens stammen. Unter deren Mitgliedern haben fast 17 v. H. der 24jährigen, rund 34 v. H. der 20jährigen, 50 v. H. der 18jährigen, 60 v. H. der 17jährigen, über 86 v. H. der 16jährigen und 99 v. H. der 15jährigen noch niemals einen Beruf ausgeübt oder eine Lehrlingsstelle innegehabt! Daß diese Zahlen nicht mit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise erklärt werden können, geht aus den Erhebungen der deutschen Gewerkschaften hervor, die beweisen, daß sich die Arbeitslosigkeit unter den Deutschen, vor allem unter der deutschen Jugend von Monat zu Monat verschärft hat, während für die gleiche Zeit die amtlichen Statistiken eine Verminderung der allgemeinen Arbeitslosigkeit in der Wojewodschaft Schlesiens festgestellt haben.

In einer an die höchsten Stellen des Staates gerichteten Eingabe haben die Vertreter der deutschen Jugend Ostoberschlesiens am 12. November die Lage u. a. mit folgenden Worten geschildert: „Die Erwerbslosigkeit ist besonders unter der deutschen Jugend stark. Der Hundertsatz der deutschen Jugendlichen, die nach Austritt aus der Schule noch in eine Lehr- und Brotstelle gelangen, ist sehr gering, wofür wie jederzeit statistische Unterlagen beibringen können. Die große Zahl der jugendlichen deutschen Arbeitslosen ist nicht nur durch die Wirtschaftskrise bedingt. Die Einstellung der lokalen polnischen Presse dem Deutschen gegenüber hat in der Wojewodschaft Schlesiens eine Atmosphäre geschaffen, die heute viele Arbeitgeber veranlaßt, Deutschen keine Lehrstellen und keine Arbeitsplätze mehr zu geben. Die Erwerbslosigkeit der deutschen Jugendlichen wirkt sich aber nicht nur wirtschaftlich verheerend aus, sondern zeitigt schon heute schwere physische, Verfalls- und sittliche Demoralisierungsercheinungen. Diese Zustände öffnen schließlich dem staatszerstörenden und gemeinschaftszerstörenden Kommunismus Tür und Tor.“

In der Eingabe sind auch die Schwierigkeiten erwähnt worden, die die polnischen Behörden allen Bemühungen um einen organisatorischen Zusammenschluß der deutschen Jugend in Polen bereiten. Es ist bekannt, daß für die deutsche Jugend unter 18 Jahren in Polen überhaupt keine Möglichkeit eines Zusammenschlusses besteht und daß es eine Organisation, die die deutsche Jugend des ganzen Staates oder doch wenigstens der einzelnen Wojewodschaften zusammenfaßt, in Polen nicht gibt. Alle in dieser Richtung immer wieder unternommenen Versuche sind an der Boswilligkeit der polnischen Behörden gescheitert, denen offenbar sehr viel daran gelegen ist, es zu keiner einseitlich geleiteten deutschen Jugendarbeit kommen zu lassen. Wie in der Wojewodschaft Schlesiens, so liegen die Dinge auch in den übrigen Teilen des Staates: Dort wurde zuerst einmal versucht, die deutsche Jugend im Rahmen des Deutschen Volksbundes zusammenzufassen. Als das von der Rattowitzer Wojewodschaft verhindert worden war, wurde im August 1933 der Antrag auf Genehmigung eines „Bundes Deutscher Jugend“ gestellt, der, nachdem er zwei Jahre bei den Behörden herumgelegen hatte, schließlich vom Innenministerium abgelehnt wurde. Dem im April 1935 gebildeten „Deutschen Jugendbildungsverein“ in Rattowitz wurde nach einem halben Jahre die beantragte Erlaubnis, seine Arbeit auf das Gebiet der Wojewodschaft Schlesiens ausdehnen zu dürfen, verweigert. Und schließlich wurde auch die Gründung einer „Vereinigung deutscher Jugend“, um deren Genehmigung die Behörden im Oktober 1935 gebeten worden waren, im April 1936 verboten. Aber damit nicht genug: Selbst dem örtlichen Zusammenschluß der deut-

fschen Jugend in kleinen und kleinsten Verbänden werden fortgesetzt Schwierigkeiten bereitet. Es ist im laufenden Jahre kaum ein Monat vergangen, in dem nicht hier oder dort örtliche deutsche Jugendorganisationen (die ohnehin nicht besonders zahlreich sind) unter den lächerlichsten Vorwänden aufgelöst worden sind. Und der Prozeß, der gegen die Wanderbünde der deutschen Jugend in Ostoberschlesien inszeniert worden ist und am 28. November mit der Verurteilung von nicht weniger als 34 deutschen Jüngens mit Gefängnisstrafen bis zu 2½ Jahren geendet hat, ist ein äußerst charakteristischer Beitrag zu diesem traurigen Kapitel gewesen.

Es wird der deutschen Jugend in Polen wahrhaftig nicht leicht gemacht, zu ihrem Volkstum zu halten und sich als Glied der deutschen Gemeinschaft einen Platz im Wirtschaftsleben zu sichern. Aber der Kampf, der ihr aufgezwungen worden ist, hat auch sein Gutes. Er bedeutet eine Auslese der Besten. Was schwach und morsch ist, geht in diesem Kampfe zugrunde. Was aber bestehen bleibt, das ist gehämmerte völkische Form, ist geprägte und erprobte Gemeinschaft. Und was der völkische Gegner in diesem Kampfe gewinnt, das ist nicht viel mehr als ein zahlenmäßiger Zuwachs an geistig proletarisierten und charakterlich gebrochenen Menschen, die die Schicht der Unzufriedenen und Betrogenen im Staate vermehren.

Dr. R.

Das Prager Bündnis mit den Sowjets

Es ist bekannt, mit welchem Eifer sich die Staatsmänner der Tschecho-Slowakei um das Zustandekommen des französisch-sowjetrussischen Bündnisses bemühten. Sie hielten sich eine Zeitlang sogar für berufen, der Kristallisationspunkt eines politischen Bündnisgebildes zu werden, das, auf Frankreich und der Sowjetunion fußend, nicht nur die übrigen Staaten der Kleinen Entente, sondern auch den Balkanbund und die baltischen Länder umfassen und schließlich großmütig auch noch Deutschland „zur Mitarbeit einladen“ sollte. Man weiß, wie rasch und gründlich dieses Kartenhaus zusammenstürzte, wie der Ministerpräsident Hodza ausgefandert wurde und überall Körbe erhielt. Was die Tschechen allerdings keineswegs daran hindert, an den verstriegenen politischen Entwürfen festzuhalten. Diese Hartnäckigkeit, mit der sie ihren Weg verfolgen, und wenn er auch hundertmal als Irrweg erkannt worden sein mag, kennzeichnet die politische Haltung des in Prag gezüchteten „homo tschechoslowakicus“, der auch dann noch auf die Diktate von Versailles, St. Germain und Trianon schwören wird, wenn diese schon längst von ganz Europa in die politische Kumpelkammer verwiesen sein werden.

Es soll nicht untersucht werden, wie weit Prag schon in der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegangen ist und wie bereitwillig sich dieser westlichste Slawenstaat schon der sowjetischen Luftwaffe als Mutterstift für einen Angriff auf die mitteleuropäischen Staaten zur Verfügung gestellt hat. Es sei aber auf die kulturelle Sowjetisierung verwiesen, für die sich die jüdische Emigration rückhaltlos eingesetzt hat und der gegenüber die offiziellen Verlautbarungen über die Unantastbarkeit der sogenannten „tschecho-slowakischen Demokratie“ einermassen überausfahend und bestrebend wirken. Prag stürzt sich, so hat es den Anschein, mit sehenden Augen in einen Abgrund. Weil es keinen Ausweg mehr weiß? Weil es sich unter der Führung des unermüdbaren Benesch (ähnlich wie man es in militärischer Hinsicht während des Weltkrieges von den Mittelmächten behauptet hat) außenpolitisch totgesiegt hat? Ist Prag am Ende seines Lateins? Oder steckt vielleicht doch noch etwas anderes hinter dem Starrsinn, mit dem es an seinem Bündnis mit den Sowjets festhält? Es gibt ja auch Dinge in der Politik, die man in den Reden der Verantwortlichen nicht ausgesprochen findet, die man auch nicht zwischen den Zeilen herauslesen kann, die nur im Zusammenhalt mit vielen anderen wesentlichen Zügen hervorpringen, die sich nur aus einer Ueberchau über das Ganze ergeben. Hierüber lohnt es sich einmal zu sprechen.

Gerade die Tschechen waten es, die sich der russischen Flüchtlinge, die vor dem Bolschewismus entweichen mußten, mit besonderer Sorgfalt annehmen. Sie bauten ihnen eigene Lager, schufen für sie eigene höhere Schulen, förderten ihr Hochschulstudium und nahmen sich schließlich auch ihrer militärischen Ausbildung an. Kurz, es war unverkennbar, daß sich die Tschechen hier einen Vortrupp bereithalten wollten, der nach

dem erwarteten Sturz des Sowjetismus oder, um dessen Sturz herbeizuführen, zu gegebener Stunde in Rußland einmarschieren und dort die Führung übernehmen sollte. Oder richtiger: mit dessen Hilfe die Tschechen einmal in Rußland die Führung zu übernehmen gedachten. Man wird sagen: ein verfliegenes Ziel, das sich das Kleine Weißslawenvolk angesichts der gewaltigen Masse der russischen Bevölkerung setzte. Aber es kommt in Führungsfragen ja nicht auf die Zahl der Führenden, sondern darauf an, ob der, der geführt werden soll, aus sich selbst heraus eine führende Schicht zu entwickeln vermag oder hierzu unfähig ist und damit der Führung Anderer anheimfallen muß.

Man muß in diesem Zusammenhang an das Auftreten der tschechischen Legion in Rußland und Sibirien erinnern. Dieses Auftreten vermittelte — was immer auch sonst noch über die Legion zu sagen sein mag — eine bemerkenswerte Erfahrung. Denn im Falle der Legion zeigte es sich, wie viel mehr als die Russen sich die Tschechen auf die Beherrschung eines technisch-organisatorischen Apparates verstehen. Sie haben das in erster Linie von den Deutschen gelernt. Gerade die Fähigkeit, derentwegen sie die Legionäre glorifizieren, ist es, wodurch sie sich am weitesten unter allen Slawenvölkern vom Gemein-Slawischen entfernt haben. Allerdings ist es unverkennbar, daß diese, von den Deutschen übernommene Fähigkeit auf slawische Wurzeln aufgeschöpft worden ist, womit die merkwürdigen Züge primitiver Grausamkeit zusammenhängen, die dem legendären Heldenum der tschechischen Legion anhaften. Es hat seine Berechtigung, wenn die Tschechen, wie es früher schon auf den Allslawischen Kongressen der Fall war, von den übrigen Slawen gar nicht mehr als Slawen, sondern eher als „slawisch sprechende Deutsche“ empfunden oder geradezu „Preußen“ gehalten werden. Eines ist jedenfalls sicher: von allen slawischen Völkern ist es dieses am weitesten nach Westen vorgedrungene tschechische Volk, das den technisch-organisatorischen Apparat der Neuzeit (etwa im Sinne der deutschen Lehmeister) am besten beherrscht.

Schon im Rahmen des alten, wesentlich ja von ihnen hochgeachteten Panlawismus hielten sich die Tschechen zur Führung innerhalb der slawischen Völkerfamilie berufen. Sie glaubten schon lange vor dem Kriege fest an diese ihre Berufung und sie schickten sich bereits an, an Stelle der Deutschen als Techniker und Organisatoren nach Rußland zu gehen. Männer wie Masaryk und Beneš sahen sich das Russentum auch auf solche Möglichkeiten hin genau an; sie studierten sehr sorgsam das russische Problem und die russische Psyche, in deren Abgründe Dostojewski hinabsieg. Sie erkannten, daß die Unfähigkeit des Russen, feste Strukturen und geprägte Führungskörper aus sich herauszustellen, etwas Ewiges und Unwandelbares ist. Hätten die Russen in ihrer Frühzeit die Waräger gebeten, als Herrscher in ihr Land zu kommen und hätten sie dann Zahndundertlang unter der Vormöglichkeit der Awaren gestanden, so war ja auch das Zarentum je länger, je mehr zu einer fremden, nicht-russischen Herrschaft geworden, die getragen wurde von deutschen Adelsgeschlechtern aus den baltischen Ländern. Es wäre kein Wunder gewesen, wenn sich die russischen Panlawisten, soweit sie sich der russischen Unorganisiertheit bemußt waren, im Rahmen des zivilisierten Systems nach organisationsfähigeren slawischen Elementen umgesehen hätten, um sie an die Stelle der deutschen zu setzen; und es hätte da an die Tschechen die Einladung ergehen können: Kommt in unser Land und helft uns, eine slawische Herrschaft aufzurichten! Aber es bedurfte schon zu Karamajers Zeiten einer solchen Einladung gar nicht. Die Tschechen sahen damals schon ihre Chance, in Rußland zur Führung und durch Rußland zur Herrschaft über alle Slawen zu gelangen.

Und hier ist bereits der entscheidende Punkt. Wie denn, wenn die Tschechen, was sie ehemals im Kampf gegen die Sowjetführung erstrebten, jetzt auf dem Wege einer Zusammenarbeit mit der Sowjetführung zu erreichen versuchten? Sie werfen sich den Sowjets in die Arme — vielleicht in der Hoffnung, daß sie einmal deren Macht und Stellung übernehmen können? Ihr Bündnis mit Moskau sieht wie eine Art Ehezeit aus. Vielleicht spielt bei diesem Bündnis auf tschechischer Seite die Ueberzeugung mit, daß die Lage des jüdisch-bolschewistischen Systems bald gezählt sein werden und daß dieses System einmal unter einer slawischen oder panlawistischen Lösung hinweggesetzt werden wird. Und was wird dann kommen? Dann kommt der dran, der unter den Slawen zur Uebernahme

und Fortführung des für Großrußland erforderlichen technisch-organisatorischen Apparates am fähigsten ist, — vorausgesetzt natürlich, daß er sich für das Ziel zeitigen bereitgemacht hat, daß er es versteht, sich geschickt und möglichst unauffällig auf das führerlose Pferd zu schwingen.

Man ist sich übrigens dessen viel zu wenig bewußt, welche Verwegenheit, um nicht zu sagen: Vermeßtheit auch schon in dem Herrschaftsanspruch liegt, den das Tschechen-tum über die dreieinhalb Millionen Deutsche seines Staates nicht nur erhoben, sondern mit der ihm eigenen Zähigkeit, Hartnäckigkeit und Planmäßigkeit auch durchgeführt hat und bis ans bitterste Ende durchzuführen entschlossen ist. Das Tschechen-tum sieht in der Unterdrückung des Sudetendeutsch-tums, die nichts anderes als eine Erhebung über das Gesamtdeutsch-tum bedeutet, die Probe darauf, was es sich in der Welt zutrauen darf. Wenn es ihm möglich ist, mit den Deutschen so, wie es geschieht, zu verfahren, dann sollte es mit dem russischen Problem nicht fertig werden? So muß man die Dinge sehen, und man muß die Zusammenhänge verstehen aus der Lage und Einstellung des Volkes heraus, um das es sich handelt. Das ist die tschechische Gefahr für Deutschland und für Europa: das ganze Rußland und das gesamte Slawentum unter nationalslawischer Führung, unter der Führung eines ebenso begabten und deutsch geschulten wie zähen, verwegenen und verschlagenen Volkes, unter der Führung Prags als dem eigentlichen Operationszentrum. Man erinnere sich daran, daß Beneš des öfteren mit der Berechnung gearbeitet hat, daß die Slawen bei einer Fortdauer der heutigen Bevölkerungsentwicklung, insbesondere in Rußland, im Jahre 1970 etwa die Hälfte der Bevölkerung Europas ausmachen werden. Und wenn man sich dann noch der Rolle erinnert, die die „Wendensfrage“ in der politischen Gedankenwelt des Tschechentums spielt, dann ist es nicht mehr weit bis zu der berühmigten Karte des Hanusch Kuffner, der die Deutschen in eine Reservierung sperren und das tschechische Staatsgebiet bis dicht vor die Tore Berlins vortreiben wollte.

Es muß noch einmal gesagt werden: man nehme solche tschechische Erscheinungen nicht als Ausgeburten einzelner Berrückter! Diese ungläublich und unerhört extreme Art ist für das Tschechen-tum typisch. Sie entspringt letztlich der extremen Lage des tschechischen Volkskörpers, der sich zu drei Vierteln vom deutschen Volksgebiet umschlossen sieht und nur in der Sprengung der deutschen Umklammerung seine Rettung zu finden meint. Diese Vorstellung beherrscht wie eine fixe Idee jeden Tschechen, von den leitenden Staatsmännern und führenden Wissenschaftlern bis zu dem einfachsten Mann im Volke. Sie formt das politische und völkische Programm dieses Volkes. Sie überwindet alles Trennende und zwingt alle politischen Parteien auf einen Nenner. Aus ihr heraus flammt der glühende Nationalismus der Tschechen, dessen Kampf-form der Hussitismus ist — nicht etwa eine einmalige geschichtliche und abgeschlossene Erscheinung, sondern die ewige Mythisierung des tschechischen Kämpfertums. Was hat nicht seinerzeit, vor einem halben Jahrtausend, die tschechische Nationalleidenschaft, diese Kampfidée eines isolierten Kleinvolkes, in Europa für ein Feuer angezündet! Mandenke sich nun einen solchen glühenden Zentralkörper als treibende Kraft des Gesamt-slawentums, als Motor einer osteuropäisch-asiatischen Gegenkultur gegen das deutsche Mitteleuropa! Dieser Gedanke muß einmal klar herausgestellt werden. Er muß Eingang finden in das deutsche national-politische Denken. Und von ihm aus muß auch, was die Tschechen anlangt, das tschechisch-sowjetische Bündnis verstanden werden. Ernst Ackermann.

Aus einem englischen Gesandtschaftsbericht aus dem Jahre 1898:

„Es liegt dem Polen nun einmal im Blute, daß er auch bei seinem Feinde Mut und Unerbrotlichkeit hochschätzt und nachgiebige Milde verachtet, auch wenn sie ihm selber Vorteil verschafft. . . Derart ist die Weisheit der Polen, daß sie bei Anwendung von Milde unverkämpt werden. Fast man sie härter an, sind sie gefügiger. . . Sie lieben es, ihre eigene Größe in der Unterwürfigkeit anderer Leute widergespiegelt zu sehen.“

Sir George Curzon

„Fantastyczna Propaganda“

Am 15. November ist an der Berliner Staatsoper die polnische Nationaloper „Halka“ mit Erfolg erlaufgeführt worden. Die amtliche Polnische Telegraphenagentur verbreitete hierüber eine Meldung, in der es u. a. heißt: „Das bedeutende Werk, das in jeder Beziehung musterhaft herausgebracht wurde, weckte unter den Zuschauern Begeisterung. Nach jedem Aktstich wurden die Mitwirkenden vor den Vorhang gerufen. Der Mazur (!) sowie die Soralentänze gefielen so außerordentlich, daß das ausgezeichnete Opernballet sie wiederholen mußte. Nach dem letzten Akt wollte der Beifallssturm kein Ende nehmen“.

Die Berliner Presse hat sich über die Aufführung nicht viel anders geäußert. Da sie aber zumeist weder über die Geschichte der Oper, noch über die Vorgeschichte der Berliner Aufführung etwas Wesentliches gesagt hat, soll das hier mit einigen kurzen Bemerkungen nachgeholt werden. Der Text der „Halka“ wurde um die Mitte des letzten Jahrhunderts in vier Tagen von einem jungen Mann von 20 Jahren zusammengeschrieben. Stanislaw Moniuszko, der den Stoff komponierte, war, was nur ganz schüchtern am Rande bemerkt werden soll, der Sohn einer deutschen Mutter. Seine musikalische Ausbildung erhielt er in den Jahren 1837 bis 1840 bei Rungenhagen, dem Leiter der Berliner Singakademie. Er selber bezeichnete den 1854 gestorbenen Joseph Kaver Elsner, den der Professor am Warschauer Konservatorium, Polinski, „einen der besten und verdienstvollsten polnischen Tonkünstler“ genannt hat („obwohl er seiner Herkunft nach ein Deutscher war“), als seinen Lehrer. Moniuszko erkannte die nationale Eignung des Opernstoffes, der ihm Gelegenheit gab, polnische Volkslieder, -lieder und -bräuche zur Geltung zu bringen. Die „Halka“ fiel bei ihrer ersten Aufführung in Wilna im Jahre 1853, wo sie als zweiaktige Oper das Rampenlicht erblitzte, durch. Einige Jahre darauf (1858) aber bestand sie in umgearbeiteter Form in Warschau die Probe. Und sie ging seitdem unzählige Male mit Erfolg über alle polnischen Bühnen. Sie wurde für die Polen in der Zeit der russischen Unterdrückung ein hervorragendes Mittel der nationalen Propaganda. Sie wurde als „Nationaloper“ geradezu ein politischer Faktor.

Ihren Weg ins Ausland aber hat die „Halka“ bisher nicht gefunden. Sie ist zwar gelegentlich in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Frankreich (1935 auch einmal in Hamburg) aufgeführt worden. Aber das scheint in allen Fällen mehr aus Gründen der politischen Sympathie für Polen, als aus künstlerischen Motiven geschehen zu sein. Denn sie hat sich bisher nirgends auf den Spielplänen der nichtpolnischen Bühnen zu behaupten vermocht. Nach ein oder zwei Aufführungen ist sie jedesmal wieder vom Spielplan abgesetzt worden. Die Ursache dieses Versagens hat der Generalintendant der Hamburger Staatsoper, Heinrich K. Strohm, der nach der Hamburger jetzt die Berliner Erstaufführung inszeniert hat, damit begründet, daß der „Halka“ alle Schwächen eines Erstlingswerkes anhaften und daß ihr in der Form, in der sie von Moniuszko geschaffen wurde, die Bühnenwirksamkeit fehlt. Um die Oper den Ansprüchen eines nichtpolnischen Publikums anzupassen, sind daher für die Berliner Aufführung weitgehende Korrekturen notwendig gewesen. Fast keine Seite des Klavierauszuges ist zu diesem Zweck unverändert geblieben. Eine ganze Reihe schwacher Stellen sind gestrichen und die Bühnenunwirksamen Aktstichläufe sind abgeändert worden usw. Einige dieser Änderungen hat auch Smogorzewski in seinem Bericht in der „Gazeta Polska“ erwähnt: Aus dem Duett von Halka und Janusz habe man einige Stellen, die für die Ausländer tatsächlich langweilig seien, gestrichen; und das ganze Duett habe man vom Ende des ersten an den Anfang des zweiten Aktes gestellt. Für den Anfang des dritten Aktes habe der Dirigent Leo Blech einen Soralenthor komponiert, der eng an den Stil Moniuszkos angelehnt sei. Schließlich habe man auch die wenig wirkungsvollen Chöre aus dem Ende des dritten Aktes entfernt und als Intermezzo zwischen den dritten und vierten Akt gestellt. Im ganzen, hat es in dem begeistertsten Bericht Smogorzewskis weiter geheißen, seien die an der „Halka“ vorgenommenen Änderungen glücklich und für den Erfolg der Oper vor einem nichtpolnischen Publikum günstig

gewesen. Abgesehen von der musikalischen und szenischen Uebearbeitung ist besondere Aufmerksamkeit auch der Ausstattung des Bühnenbildes zugewandt worden. Generalintendant Strohmann ist eigens nach Warschau, Krakau und Posen gefahren, um sich über die wirksamste Wiedergabe des folkloristischen Gehaltes des Stückes zu unterrichten. So ist an der Musik, an den Szenen und am Bühnenbild sorgfältig herumgefeilt worden, um aus der polnischen Nationaloper etwas zu machen, was Aussicht hat, sich vor einem europäischen Publikum zu behaupten.

Das scheint denn auch, nach den Rezensionen zu urteilen, gelungen zu sein. Und man kann nach der Berliner Aufführung feststellen, daß die „Halka“ mehr als 80 Jahre nach ihrer Entstehung von einer deutschen Bühne für die nichtpolnische Welt gleichsam entdeckt worden ist. Die Berliner Staatsoper hat sich unter diesen Umständen, wie man ihr gänzlich neidlos zugesehen kann, ein großes Verdienst um die nationale Sache Polens erworben. Ihre „Halka“-Aufführung ist, wie sich ein Berliner Polentum maßgebender Mann ausgedrückt hat, für Polen eine „fantastyczna propaganda“, eine phantastische Propaganda, gewesen. Mag sein, daß in dieser Anerkennung von polnischer Seite ein spöttischer Unterton gelegen hat. Er hat dann sicherlich nicht Moniuszko und seiner Oper gegolten.

Polnische Schulen in Danzig

Die polnische Presse konnte sich in letzter Zeit nicht genug über die angeblich schlechte Behandlung der in Danzig lebenden Polen erregen. Den Streulmärchen, die sie über deren Schicksal verbreitet hat, sei einmal eine nähere, aber sehr beredte Tatsache entgegengestellt: das polnische Schulwesen im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Dieses hat seit 1933 eine sehr lebhafteste Aufwärtsentwicklung erlebt. Es verdankt diesen Aufschwung den weitgehenden Rechten, die die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt in dem mit Polen abgeschlossenen Uebereinkommen vom 18. September 1933 den in Danzig lebenden Polen (ohne jede Gegenleistung) eingeräumt hat.

Es seien nur einige Bestimmungen dieses Uebereinkommens erwähnt: Öffentliche Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache (sogen. Senatschulen) werden errichtet, wenn in Bereiche einer Gemeinde oder eines Schulbezirktes, bezw. in einem Umkreis von $3\frac{1}{2}$ Kilometer für mindestens 40 schulpflichtige Kinder polnischer Herkunft und Sprache und Danziger Staatsangehörigkeit ein entsprechender Antrag vorgelegt wird. Auch polnische Kinder, die außerhalb des $3\frac{1}{2}$ Kilometer-Umkreises wohnen, dürfen die vorhandenen Schulen besuchen. Wo die Zahl der vorhandenen Kinder für die Errichtung einer selbständigen polnischen Schule nicht ausreicht, werden polnische Klassen an den zuständigen deutschen Schulen eröffnet. Wo schließlich auch keine polnischen Klassen bestehen, genügt der Antrag der Erziehungsberechtigten von 12 Kindern, um für diese polnischen Sprachunterricht und Religionsunterricht in polnischer Sprache einführen zu lassen. Zu den polnischen Schulen und Klassen sind auch solche Kinder polnischer Herkunft und Sprache zugelassen, die nicht Danziger Staatsangehörige sind. Die an den öffentlichen Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache tätigen Lehrkräfte sind fast ausnahmslos Personen polnischer Herkunft und Sprache. Die in Polen erworbenen Lehrdiplome werden als ausreichend für die Lehrtätigkeit an diesen Schulen betrachtet. Zugelassen zur Lehrtätigkeit sind auch Personen polnischer Staatsangehörigkeit. Die erwähnten Schulen unterstehen grundsätzlich eigener Leitung, doch mehr: für ihre Beaufsichtigung ist ein eigener Schulinspektor, und zwar ein Professor des polnischen Privatgymnasiums in Danzig, Erwin Behrendt, angestellt worden, der diese Stelle nebenamtlich bekleidet.

Weiter wurde in dem erwähnten Uebereinkommen bestimmt: Wo sie es wünschen, können die in Danzig lebenden Polen auf ihre eigenen Kosten auch Privatschulen und Privaterziehungsanstalten jeder Art und jeden Grades einrichten, zu denen alle Personen polnischer Sprache und Herkunft ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit Zutritt besitzen. Diese privaten polnischen Bildungsanstalten werden in demselben Maße wie die entsprechenden deutschen Anstalten mit öffentlichen

Zuwendungen bedacht. Weiter werden an den bestehenden Fach- und Fortbildungsschulen, wenn es in den Städten von 25, auf dem Lande von 15 Personen polnischer Herkunft und Sprache und Danziger Staatsangehörigkeit verlangt wird, besondere Klassen mit polnischer Unterrichtssprache eröffnet. Den privaten polnischen Schulen werden, wenn ihr Niveau dem der entsprechenden deutschen Schulen gleichwertig ist, ohne Einschränkung die Öffentlichkeitsrechte gewährt. Diese Angaben genügen, um von der absoluten Bewegungsfreiheit der in Danzig lebenden Polen in bezug auf den Ausbau eines nationalpolnischen Schulwesens zu überzeugen. Den Polen sind in Danzig Rechte zugestanden worden, wie sie die Deutschen in Polen weder theoretisch, geschweige denn praktisch besitzen.

Und die nachstehenden Angaben über die Entwicklung des polnischen Schulwesens in Danzig zeigen, daß die Polen diese Rechte bis zum äußersten ausgenutzt haben, ohne jemals von den Behörden der Freien Stadt Schwierigkeiten in den Weg gelegt bekommen zu haben. Zunächst die Senatschulen: Im Jahre 1933 gab es in Danzig 3 öffentliche Schulen mit polnischer Unterrichtssprache und 6 polnische Klassen an deutschen Schulen. Seit dieser Zeit sind nicht nur die damals bestehenden polnischen Klassen mit einem erheblichen Kostenaufwand seitens des Danziger Senates in selbständige polnische Schulen umgewandelt, sondern auch noch einige neue polnische Klassen an deutschen Schulen eingerichtet worden. Es gibt im Danziger Freistaatsgebiet gegenwärtig 8 polnische Senatschulen, und zwar je eine in

Danzig	mit 379 Schülern,	Oliva	mit 163 Schülern,
Langfuhr	mit 273 Schülern,	Altschottland-Dhra	mit 145 Schülern,
Zoppot	mit 178 Schülern,	Neufahrwasser	mit 107 Schülern,
Schödlitz	mit 155 Schülern,	Caaspe	mit 67 Schülern.

Insgesamt werden diese 8 Schulen also von 1467 Kindern besucht. Es kommen noch hinzu 4 polnische Klassen, und zwar an den Schulen in Groß-Trampfen mit 22 Schülern, in Postelau mit 19 Schülern, in Pielk mit 24 Schülern und in Zipplau mit 14, zusammen also mit 79 Schülern. Das bedeutet gegenüber 1933 eine Zunahme der Schülerzahl an den öffentlichen Unterrichtsanstalten mit polnischer Unterrichtssprache um etwa 20 v. H.

Noch weit stärker hat sich das polnische Privatschulwesen im Laufe der letzten Jahre entwickelt. Die polnischen Privatschulen werden von der „Polnischen Schulmutter“ unterhalten. An solchen Schulen bestehen:

ein Gymnasium	mit 554 Schülern (1933: 521),
eine Mittelschule	mit 109 Schülern (gegründet 1934),
zwei Handelsschulen	mit 268 Schülern (1933: 165),
ein Musikonservatorium	mit 67 Schülern (gegründet 1934),
sieben Volksschulen	mit 760 Schülern (1933: 392).

Die Volksschulen bestehen in Danzig, Langfuhr-Neufahrwasser, Oliva, Zoppot, Lamenstein, Groß-Trampfen und Simonsdorf. Insgesamt werden die polnischen Privatschulen gegenwärtig von 1775 Schülern besucht. Das ist gegenüber 1933 eine Zunahme von fast 70 v. H.

Zu erwähnen sind als polnische Bildungsstätten noch die Kindergärten. Deren Zahl ist von 11 im Jahre 1933 auf jetzt 18 gestiegen. Die Zahl der dort untergebrachten Kinder hat sich von 526 auf 711 vermehrt. Sieben von den heute bestehenden Kindergärten sind in eigenen Gebäuden untergebracht. Polnische Kindergärten gibt es in Schödlitz, Langfuhr, Bröjen, Neufahrwasser, Dhra, Caaspe, Oliva, Zoppot, Pielk, Prauß, Lamenstein, Groß-Trampfen, Hohenstein und schließlich in Danzig-Stadt, wo es allein 5 solche Einrichtungen gibt.

Alles in allem sind demnach gegenwärtig im Gebiete der Freien Stadt Danzig 42 polnische Unterrichtsbetriebe vorhanden. Diese wurden im Jahre 1933 von 2903 Schülern besucht. Bis heute ist die Schülerzahl um 38 v. H. auf 4002 gestiegen. Von polnischer Seite ist letzthin selber festgestellt worden, daß das in Danzig lebende Polentum schulisch nahezu restlos erfasst ist. Es ist also eine bewußte Verleumdung der Regierung der Freien Stadt, wenn von der polnischen Presse im Verlauf der letzten Heftaktion die Behauptung aufgestellt worden ist, das in Danzig lebende Polentum werde „kulturell unterdrückt“. Es muß im Gegenteil

festgestellt werden, daß in der Förderung des polnischen Schulwesens während der letzten Jahre des Guten wohl zu viel getan worden ist, und daß, da polnische Kinder, die noch nicht in polnische Unterrichtsbetriebe eingeschult sind, kaum noch vorhanden sind, die „Polnische Schulumutter“ mit erhöhtem Nachdruck dazu übergegangen ist, mit ihrer Polonisierungssarbeit in die zweifelloso deutschen Bevölkerungsteile einzudringen. Die letzte Presseaktion hat bewiesen, daß sich die polnische Seite auch durch ein noch so weitgehendes Entgegenkommen zu einer Milderung ihres hegeirischen Tonos nicht veranlassen läßt. Das ist eine Erscheinung, die unter Umständen für die Zukunft des polnischen Schulwesens von Bedeutung sein kann. Es ist für die Dauer jedenfalls ein unerträglicher Zustand, daß von polnischer Seite auf jedes Entgegenkommen von Danziger Seite schließlich nur immer nur mit einer neuen Heß- und Verleumdungskampagne geantwortet wird.

Evangelische Kirche unter Kuratel

Im Juni d. J. erhielt der polnische Staatspräsident von Sejm und Senat die Ermächtigung, bis zum 31. Oktober das Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses und dem Staat und die innere Verfassung dieser Kirche im Verordnungswege zu regeln. Der Synodalkommission wurde erst am 14. Oktober ein staatlicher Gesetzentwurf zugeleitet. Da der Entwurf die völlige Befreiung der kirchlichen Selbstverwaltung vorsah, lehnten es die deutschen Mitglieder der Synodalkommission, die etwa 80 v. H. der Kirchenmitglieder repräsentieren, von vornherein ab, über diesen Entwurf zu verhandeln. Die Rumpfkommision trat am 22. Oktober mit den zuständigen staatlichen Stellen in Fühlung. Von Regierungsseite wurde kategorisch erklärt, daß über einen anderen als den vorgelegten Gesetzentwurf nicht verhandelt werden könne. Die Rumpfkommision aber konnte es mit Rücksicht auf die Opposition der deutschen Gemeinden und der weit überwiegenden Mehrzahl der Pastoren nicht wagen, die Verhandlungen auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfes zu führen. So verlief die Fühlungnahme ohne Ergebnis. Und man erwartete zunächst, daß die Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat und der inneren Kirchenverfassung wieder, wie schon mehrmals, vertagt werden würde, als am 31. Oktober die Frist ablief, für die dem Staatspräsidenten die Ermächtigung erteilt worden war.

Das stellte sich bald als ein Verstum heraus. Denn am 24. November nahm der Ministerrat den Gesetzentwurf in der von den Gemeinden und Pastoren abgelehnten Fassung an. Er stellte sich dabei auf den Standpunkt, daß die dem Staatspräsidenten erteilte Ermächtigung zeitlich unbegrenzt sei. Einige Tage zuvor hatte noch einmal eine Pastorendelegation beim Kultusminister die grundsätzlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf darzulegen versucht. In der dem Minister überreichten Denkschrift war u. a. ausgeführt worden: „... Die Kirche, als die brüderliche Gemeinschaft der Gläubigen, kann nur von einem Bischof geleitet werden, der das volle Vertrauen dieser Kirche besitzt. Dieses Vertrauen kann nur eine unabhängige Vertretung der Kirche, die Synode, feststellen. Wohl gibt es lutherische Länder, in denen das Staatsoberhaupt den Bischof ernannt. Es tut dies jedoch nicht in der Ausübung einer weltlichen Gewalt oder eines staatlichen Rechtes, sondern es handelt als vornehmstes Glied der Kirche. Was in anderen Ländern, wie z. B. in Schweden, auf Grund einer historischen Entwicklung entstanden und zur Ueberlieferung geworden ist, dafür sind in der Republik Polen weder die geschichtlichen, noch die rechtlichen Voraussetzungen gegeben.“

Aber weder diese Einwände noch die Proteste der deutschen Gemeinden und Pastoren haben die polnische Regierung dazu veranlassen können, von ihrem Plan einer Unterdückung der Freiheit der evangelischen Kirche Abstand zu nehmen. Sie hat einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen und ihm ihre Zustimmung erteilt, der die evangelische Kirche unter die Befehlsgewalt eines stoch-katholischen Behördenapparates stellt, und die kirchliche Betreuung der zu mehr als 80 v. H. deutschen Gemeinden der Willkür volksfremder Verwaltungsstellen ausliefert. Sie hat damit den Absichten jener chauvinistischen Kreise um den Renegaten Burchke Rechnung getragen, die von einer „evangelischen Mission“ in Polen saßeln, aber die Polonisierung der deutschen Protestanten meinen.

Es sei noch bemerkt, daß der vom Ministerrat bestätigte, am 26. November veröffentlichte und gegen Jahresende in Kraft tretende Gesetzesentwurf einen Verfassungsbruch darstellt. Der Artikel 146 der polnischen Verfassung hat folgenden Wortlaut: „Die Kirchen der religiösen Minderheiten und die anderen rechtlich anerkannten Religionsverbände regieren sich nach eigenen Gesetzen, denen der Staat die Anerkennung nicht versagen wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf gesetzlichem Wege nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen festgelegt.“ Im Widerspruch zu diesen Bestimmungen der Verfassung hat die polnische Regierung beschlossen, der evangelischen Kirche ihre innere Verfassung zu diktieren und das Verhältnis der Kirche zum Staat ohne Fühlungnahme mit der rechtmäßigen Vertretung der Kirche zu regeln. Der Geist, der aus diesem Verhalten der polnischen Regierung spricht, ist der Geist des Renegaten Josius, der im alten Polen schließlich zum Lhorner Blutbad geführt hat.

Ostland-Chronik

Das Öffentlichkeitsrecht entzogen

Das Warschauer Kultusministerium hat der deutschen Goetheschule in Graudenz und dem Schillergymnasium in Posen, den beiden größten und besten deutschen Privatschulen Pommersellens und Posen, das Öffentlichkeitsrecht entzogen. Die Entziehung dieses Rechtes bedeutet u. a., daß die deutschen Schüler dieser Gymnasien ihren Anspruch auf die verbilligten Eisenbahnfahrkarten für Schüler verlieren und ihre Reifeprüfungen vor einer polnischen Sonderkommission ablegen müssen. Im Falle des Schillergymnasiums ist die Maßnahme vom Kultusminister damit begründet worden, daß die Aufnahmeprüfungen für die 1. Gymnasialklasse nicht den Bestimmungen entsprechend durchgeführt worden seien und daß die Schulleitung bei der Auswahl der Schüler nicht die für die Aufrechterhaltung des Unterrichtsniveaus notwendige Sorgfalt habe walten lassen. In einer am 20. November abgehaltenen Mitgliederversammlung des Deutschen Schulvereins Posen sind diese Vorwürfe als unberechtigt festgestellt worden. Was die Aufnahmeprüfungen anlangt, so sind diese stets nach den für die polnischen Gymnasien geltenden Vorschriften durchgeführt worden; und dieses Verfahren ist in den früheren Jahren von den Schulbehörden auch niemals beanstandet worden. Bei Beginn des laufenden Schuljahres ist nun eine Änderung der betreffenden Vorschriften erfolgt, die entsprechende Mitteilung ist der Leitung des Schillergymnasiums vom Schulkuratorium aber erst zugestellt worden, als die betreffenden Schüler ihre scheinliche Aufnahmeprüfung bereits hinter sich hatten, so daß nur noch der mündliche

Teil der Prüfung nach den neuen Bestimmungen hat durchgeführt werden können. Was die angeblich mangelnde Sorgfalt bei der Auswahl der Schüler anlangt, so kann die deutsche Schulleitung mit gutem Gewissen von sich behaupten, immer nur die fähigsten Volksschüler ins Gymnasium aufgenommen zu haben. Sie kann darauf verweisen, daß bei Beginn des laufenden Schuljahres von den 85 Kandidaten, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten, nur 82 aufgenommen, 23 aber abgelehnt worden sind. Auf Grund dieser Feststellungen, die die Haltlosigkeit der vom polnischen Kultusministerium erhobenen Vorwürfe beweisen, hat der Deutsche Schulverein Posen gegen die Entziehung der höheren Bildungsanstalt des Posener Deutschturns Einspruch erhoben. Es ist übrigens klar, daß es sich hier nicht um eine sachlich gerechtfertigte Maßnahme, sondern um einen jener Racheakte gehandelt hat, zu denen die polnischen Behörden stets dann ihre Zuflucht zu nehmen belieben, wenn dem dreisten Auftreten der polnischen Organisationen in Deutschland einmal ein wenig die Fägel angelegt werden. Die deutschen Behörden haben sich vor kurzem zu einem Einschreiten gegen das polnische Gymnasium in Neuchâteau gezwungen gesehen. Dieses Gymnasium hat sich, ohne hierzu die Genehmigung nachgesucht zu haben, kurzerhand eine realgymnasiale Abteilung angegliedert, obwohl es nur als humanistisches Gymnasium konfessioniert worden ist. Ferner hat diese Polenanstalt 13 Schüler aus Westfalen aufgenommen, ohne sie vorher der vorgeschriebenen Aufnahmeprüfung zu unterwerfen; die Schulleitung hat zwar behauptet, daß die betreffenden Schüler

geprüft worden sind, sie ist jedoch nicht in der Lage gewesen, die vorgeschriebenen Prüfungsprotokolle vorzulegen. Schließlich sind am polnischen Gymnasium noch einige Volksschüler, die bisher noch keinen Lateinunterricht erhalten hatten, in die Untertertia aufgenommen worden. Die deutschen Behörden haben sich trotz dieser krassen Mißachtung der verpflichtenden Bestimmungen durch die polnische Schulleitung darauf beschränkt, die unrechtmäßig aufgenommenen Schüler von der Anstalt zu entfernen.

Der polnische „Auftrag“

Am 24. Oktober teilte der diplomatische Vertreter Polens in Danzig dem Senat der Freien Stadt mit, daß seine Regierung begonnen habe, den ihr von Genf erteilten „Auftrag“ zur Klärung der Danziger Verhältnisse auszuführen. Am 25. November ließ der Senat den polnischen Vertreter wissen, daß er diese Mitteilung zur Kenntnis genommen habe. Zugleich machte er darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen erst nach der Rückkehr des erkrankten Senatspräsidenten, voraussichtlich Anfang Dezember, aufgenommen werden könnten. Er wies weiter darauf hin, daß der an Polen ergangene „Auftrag“ sich nach Danziger Auffassung lediglich auf das Verhältnis der Freien Stadt zum Völkerbund bezieht, daß er, der Senat, also keineswegs die Absicht hat, über die „polnischen Rechte“ in Danzig in irgendeine Diskussion einzutreten. Im übrigen erwartet Danzig von Polen, daß es sich um eine Vereinerung der Genfer Atmosphäre bemühen, d. h. in seinem Bericht an den Völkerbund das anmaßende und aufdringliche Verhalten des Völkerbundes und seiner Organe als für die Freie Stadt untragbar zurückweisen wird.

Mit der Faust gegen Danzig

Die Gerüchte um den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papée, haben sich bestätigt. Papée geht als polnischer Gesandter nach Prag. Er wird seiner Danziger Posten noch vor Ende d. V. verlassen. Als sein Nachfolger wird der bisherige polnische Geschäftsträger in Prag Oberst Marjan Chodacki, genannt. Es liegt nahe, diesen Diplomatenwechsel mit dem „Auftrag“, den Polen in bezug auf Danzig erhalten hat, in Verbindung zu bringen. Das Blatt des pommerellischen Wojewoden, das „Słowo Pomorskie“ begrüßte die Nachricht, daß dieser Soldat nach Danzig kommen wird,

in einem Artikel, der einen tiefen Einblick in die geistige Verfassung des Blattes und der hinter ihm stehenden amtlichen Kreise zuläßt: „Vom diplomatischen Vertreter Polens in Danzig verlangt man keine Kenntnis der diplomatischen Künste. Besser ist es, wenn er mit der Faust auf den Tisch, und nicht nur auf den Tisch, zu schlagen versteht. Das Maß der Verfehlungen der Danziger Nationalsozialisten gegen Polen ist bis zur letzten Grenze gefüllt. Es muß jetzt von polnischer Seite zu einem Gegenstoß angezettelt werden, den der Deutsche erst dann verstehen wird, wenn er in seinem Genick die Faust spürt. Ein mächtiger wirtschaftlicher Druck muß mit aller Willenskraft und Folgerichtigkeit vom Osten und Südosten unserer Grenzen her durch ganz Polen gegen Danzig ausgeübt werden, um in schnellem Tempo diese Stadt auszuhungern, damit sie, zur Verzweiflung getrieben, selbst mit ihrem gegenwärtigen Senat abrechnet.“

Stoßung in den Transitverhandlungen

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Transitverkehr durch den Korridor sind am 20. November unterbrochen worden. Nach einer Meldung der halbamtlichen Agentur „Pres“ sind die Verhandlungen insofern in eine neue Phase getreten, als die Reichsregierung es grundsätzlich abgelehnt hat, die Kosten des Korridor-Transitverkehrs, sowohl die rückständigen wie die neu auflaufenden, noch weiterhin zu zahlen. Die Reichsregierung soll der polnischen Regierung mitgeteilt haben, daß sie in Zukunft nur noch in Waren bezahlen werde, und daß sie, falls es zu einer Verständigung nicht kommen sollte, den Transitverkehr durch den Korridor vollkommen einstellen werde. Für diesen Fall soll der gesamte Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich ausschließlich über See abgewickelt werden. Es ist klar, daß eine vollkommene Einstellung des Eisenbahntransits durch den Korridor nicht nur in Deutschland die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Stelle Europas lenken, sondern auch im Auslande allgemein als ein Ereignis von schwerwiegender Bedeutung angesehen werden wird.

Die Deutschen Ströme sind frei

Die Reichsregierung hat am 14. November die Regierungen derjenigen Länder,

die in den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertreten sind, davon unterrichtet, daß sie sich an der Arbeit der Stromkommissionen nicht mehr beteiligen. In der Mitteilung des DRB. hat es hierüber u. a. geheißen: „An der Elbe ist es nicht gelungen, die neue Regelung von der Versailler Grundlage zu lösen und insbesondere den Zustand zu beseitigen, das vier Nichtuferstaaten ohne besonderes Interesse an der Elbschiffahrt (es sind dies England, Frankreich, Italien und Belgien) auch heute noch den Anspruch erheben, Garanten der Schiffsahrtsfreiheit auf diesen Ströme zu sein. Für den deutschen Oderstrom besteht noch heute, wenn auch ohne Beteiligung Deutschlands, eine internationale Kommission mit einem im Jahre 1920 ohne deutsche Mitwirkung provisorisch bestellten französischen Generalsekretär“.

Die Reichsregierung hatte sich lange Zeit vergebens bemüht, im Verhandlungswege zu einer den deutschen Bedürfnissen und der nationalen Ehre entsprechenden Einigung mit den betreffenden Regierungen zu kommen. Sie hat aus der Unfähigkeit der Anderen, der tatsächlichen Lage Rechnung zu tragen, schließlich die notwendigen Folgerungen gezogen. Die Erregung, mit der verschiedene Regierungen geglaubt haben, auf diesen Schritt der Reichsregierung reagieren zu müssen, hat in Deutschland weder Verständnis gefunden, noch Eindruck machen können. Mit der Erklärung vom 14. November ist der die Freiheit der deutschen

Ströme beschränkende Teil des Versailler Diktates erledigt. Was die Oderstromkommission anlangt, die aus Vertretern Preußens, Polens, der Tschechoslowakei, Großbritanniens, Frankreichs, Dänemarks und Schwedens bestanden hat, so hat sie infolge der Nichtbeteiligung Preußens an ihren Arbeiten praktisch niemals richtig funktioniert. Polen hat auch niemals ein besonderes Interesse an ihr gehabt, einmal weil es seinen Verkehr zur Küste ohnehin mit allen Mitteln vom deutschen Transit unabhängig zu machen bestrebt war, und weiter weil es immer darauf gefaßt sein mußte, daß die für die Oder getroffene Regelung auch auf deren schiffbare Nebenflüsse, also die Warthe und Neße, ausgedehnt werden würde.

Einreiseverbot

Dem in Litschielgel lebenden Dichter Herbert Menzel wurde nach einer Meldung des „Dziennik Bydgoski“ vom 11. November von den polnischen Behörden die Einreise nach Polen verboten. Menzel, der selber aus Dobornik im abgetrennten Posen stammt, hat sich durch seine Grenzromane und E.-Lieder einen Namen gemacht. Er hatte die Absicht, vor einigen deutschen Gruppen im Posenischen aus seinen Werken vorzulesen. Nach dem von den Polen versprochenen Grundsatz der Gegenseitigkeit müßte jetzt bei nächster Gelegenheit einem polnischen Schriftsteller, der die Absicht hat, vor polnischen Gruppen in Deutschland Vorträge oder Vorlesungen zu halten, die Einreise ins Reich verboten werden.

Bücher über den Osten

Ein englischer Gesandtschaftsbericht über den polnischen Staat zu Ende des 16. Jahrhunderts. Von Siegfried News. Verlag von S. Hitzel, Leipzig 1936. 88 Seiten mit einer Tafel. Preis kartoniert 3,50 RM. — Diese Schrift ist als Band 3 der Reihe „Deutschland und der Osten“ erschienen. Ende 1632 entdeckte der Warschauer Professor Kesselring im Britischen Museum die Handschrift eines aus dem Jahre 1598 stammenden Berichtes über Polen, als dessen Verfasser Sir George Carew festgestellt werden konnte, der im Auftrage der Königin Elisabeth von England damals Polen und verschiedene andere Länder bereiste. Diesen alten Gesandtschaftsbericht hat die polnische Publizität zunächst wieder einmal, wie üblich, für ihre propagandistischen Zwecke zugunsten Polens auszunutzen versucht. Der Entdecker der Handschrift selbst hat vorsichtiger-

weise nur einen kleinen Auszug aus dem Bericht der Öffentlichkeit übergeben; er hat ihn den Bedürfnissen der polnischen Korridorpropaganda anzupassen sich bemüht. Auf Grund dieses Auszuges ist dann eine polnische Zeitung, die von dem wahren Inhalt des Berichtes offensichtlich keine Ahnung gehabt hat, dazu übergegangen, den alten Briten als einen Kronzeugen des polnischen Anspruches auf die Ostsee und als einen Mann zu feiern, bei dem „ein aufrichtiger polnischer Patriotismus zum Durchbruch komme“. Daß von all dem in dem Bericht Carews sehr wenig zu finden ist, davon kann sich jetzt, da der Bericht in deutscher Uebersetzung bezw. auszugsweiser Inhaltsangabe vorliegt, jeder selbst überzeugen. Die Bilder, die Carew von den innerpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen Polens entworfen hat, seine Betrachtungen über die militärische

und außenpolitische Lage des Staates usw. sind aufschlußreich und interessant. Sie befähigen im großen Ganzen das, was von der deutschen Polenforschung festgestellt worden ist, sind in manchen Einzelheiten nicht ohne verhältnismäßig leicht korrigierbare Fehler. Es wäre zweckmäßig gewesen, die Wiebergabe des Berichtes reichlicher mit Anmerkungen zu versehen, als es geschehen ist. Es ist zu begrüssen, daß durch diese Veröffentlichung allen weiteren politischen Versuchen, mit Carew und seinem Bericht propagandistischen Unfug zu treiben, ein Niegel vorgeschoben worden ist. Dr. R.

Sowjehufvud baut Finnland. Abenteuer einer Staatsgründung. Von Erkki Rääkkönen. Albert Langen/Georg Müller Verlag, München 1936. 219 Seiten. Preis Ganzleinen 7,50 RM. — In Deutschland kennt man die Ereignisse, die sich nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches in Finnland abspielten, in der Hauptsache aus dem Buche des Grafen von der Goltz, das vor einiger Zeit unter dem Titel „Als politischer General im Osten“ in neuer Bearbeitung erschienen ist. Die Darstellung des deutschen Heerführers erstreckt sich im wesentlichen auf die militärischen Ereignisse. Zu ihr bildet die Schilderung Rääkköens, die von Rita Ohquist aus dem Finnischen übersetzt und von Johannes Ohquist bearbeitet und mit einer Einführung versehen worden ist, die politische Ergänzung. In der Einführung wird ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung in Finnland vom Beginn des scharfen Russifizierungskurses am Ausgang des letzten Jahrhunderts bis zum russischen Zusammenbruch im Jahre 1917 gegeben. Das Hauptthema bilden die finnländischen Ereignisse der folgenden Monate bis zur völligen Befreiung des Landes vom Bolschewismus, die nach der Ankunft des deutschen Expeditionskorps binnen wenigen Wochen erkämpft werden konnte. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Gestalt des heutigen Präsidenten der Republik Finnland, Peer Evind Sowjehufvud of Quasibud, eines Mannes, von dessen mächtiger bäuerlicher Erscheinung ein Strom moralischer Kraft, ruhigen Selbstvertrauens und hartnäckigen Kampfwillens auf die Freiheitskämpfer Finnlands überging. Das Buch liest sich wie ein Abenteuerroman: Die Verhandlungen, die um die Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands in Petersburg mit Lenin und Genossen geführt werden mußten, der Ausbruch des Generalstreiks, der in den blutigen Väterkrieg überging, das wochenlange Versteckspiel in der von den Bolschewisten terrorisierten Hauptstadt des Landes, die Flucht auf einem kaputtren Eisbrecher über die Finnische Bucht in das eben von Deutschen besetzte Keval,

die Reise nach Deutschland und schließlich die Niederwerfung des roten Aufstandes mit Hilfe der Deutschen, — in all diesen abenteuerlichen, waghalsigen Unternehmungen zeichnete sich Sowjehufvud durch eine unverwundliche Ruhe und umbeirrte Zielstreue aus. Als er 1914 nach Sibirien verbannt wurde, tröstete er seine Freunde mit den zuversichtlichen Worten, daß er „mit Gottes und Hindenburgs“ Hilfe wieder in die Heimat zurückkehren werde. Er glaubte an die Gerechtigkeit seiner Sache und an die Hilfe der Deutschen. Und er behielt Recht. Er selber hat einmal die Erringung der Freiheit Finnlands als das Ergebnis der Mühen und Opfer von Generationen bezeichnet. Er selber aber hat, als rechter Mann auf dem rechten Platz, der Frucht dieser Mühen und Opfer zum Siege verholfen. Dr. R.

Zwischen Weichsel und Memel — Ostpreußen. 108 Bilder. Einführung von Hans-Georg Buchholz. Verlag Gräfe und Unger, Königsberg/Pr. 1936. Pr. Ganzleinen 4,80 RM. — Es ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe von gut besilderten Büchern über Ostpreußen erschienen. Aber unter ihnen ist keines, das wie dieses die immer wieder überraschende, vielfältige Schönheit des ostpreussischen Landes zu erschließen vermag. Wer dieses Buch einmal in einer ruhigen Stunde Bild für Bild in sich aufgenommen hat, der läßt sein letztes Vorurteil fallen, das etwa noch als Nachwirkung einer leichteren und beschämenden Verkenntnis des deutschen Ostens in ihm fortgelebt haben mag. Die Weichsellandschaft und das Oberland, Masuren mit seinen Wäldern und Seen, das Land an der Memel, das Große Moosbruch, die Nehrung, die Burgen, Städte und Dörfer, — in 160 Bildern ist das alles zu einem Spiegel Ostpreußens zusammengefaßt. Und Hans-Georg Buchholz führt mit seinem einleitenden Text den Leser auf einer Wanderschaft durch das Land. Dr. R.

Deutschland — Treue und Trost. Erzählungen und Skizzen von Franz Lüdtkke. Verlag von Julius Bels, Hohenalga-Berlin-Leipzig, 1935. 444 Seiten. Preis brosch. 0,54 RM., gebunden 0,90 RM. — Lüdtkke hat hier eine Reihe seiner, z. T. schon vor Jahrzehnten erschienenen Erzählungen zusammengestellt. Sie greifen auf geschichtliche Themen zurück, geben Kriegerlebnisse wieder und sprechen vom Kampf des Ostens und vom Glauben an Deutschland. Einige der Erzählungen sind aus Wettbewerben preisgekrönt hervorgegangen, so die Erzählung von Valerius Herberger, dem Prediger und Dichter von Straußtadt. Dr. R.

E. Baensch jun. A.G., Magdeburg

Graphischer Großbetrieb und Verlag

Buch-, Stein-, Offset- u. Kupfertiefdruck · Großbuchbinderei

Ansichtspostkarten, Künstlerpostkarten in farbig Offset- u. Tiefdruck / Gratul.-Postkarten für alle Gelegenheiten
Bitte verlangen Sie Muster und unverändliches Angebot

L Ü B E C K

Haben Sie schon unser Bankspargbuch?

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft • Gegründet 1870

Filiale Lübeck, Breite Str. 54. Ruf 25891

HOTEL STADT HAMBURG, LUBECK

Modernstes Haus am Platze

im Zentrum der Stadt

Vollständig neu errichtet • Herrliche Lage am Klagenberg • Direkte Verbindung vom Bahnhof Linie 4 • Zimmer mit fließendem warmen u. kaltem Wasser sowie Reichhaltiges • Einzel- u. Doppeltzimmer mit Privatbad • Konferenzzimmer • Ausstellungszimmer • Gesellschaftsräume für Festlichkeiten • Gutbürgerliches Bier-Restaurant

Johs. Heitmann

Lübeck, Fischergrube 72. Ruf 26445

Metall- und Textilabfälle aller Art, Papier-Abfälle, Skripturen, Akten

unter der sicheren Gewähr des Einstampfens

Keiner darf hungern und frieren - Spendet für das Winterhilfswerk

S C H L E S I E N

Elektrizitätswerk Schlesien AG

Breslau 1 Albrechtsstr. 22/93

beliefert
ca. 20% aller Einwohner in
Schlesien

versorgt
ca. 21% d. gesamten Fläche in qkm in
Schlesien

besitzt
ca. 30% d. gesamten Stromabsatzes in
Schlesien

Minsapost & Prauser

Zentralheizungs- und Warmwasser-
bereitungs-Anlagen, Etagen-Heizungen
Neubau, Instandhaltung, Reparaturen

Breslau 1, Werderstr. 14/16. Tel. 45954

**Flüte · Mützen**
modern · gut · preiswert
Seroaluis Böhm *Schweidnitzer Str. 41/2*



Breslau, Taschenstr. 29-31 Ruf 54682

Ältestes Fachgeschäft des Ostens
für Mal- und Zeichenbedarf

Sämtliches Material für Schulen
u. Künstler. Bastelmaterial, Werk-
stoffe für den Flugmodellbau

A. u. C. Metzner

Breslau 1, JETZT Ohlauer Straße 82
KORSETT-SPEZIAL-GESCHÄFT

Ständig Eingang von Neuheiten in Korsetts,
Hüftgürteln, Leibbinden und Büstenhaltern

SCHLESIEN

Breslau

**Plakate
drückt!
Speer!**

BRESLAU, OFENERSTR. 122.
TEL. 56725

Adressiermaschinen
Addiermaschinen
Druckmaschinen
Rechenmaschinen
Schreibmaschinen
Vervielfältiger

Buchhaltungen — Registraturen
Karteien — Büromöbel in Holz
und Stahl

Büro Bedarfsges. Breslau
Arnold v. Konradowicz, Tezentzestr. 53

Wir erledigen alle Besorgungen und
bürgen für eine würdige Bestattung!

WERNER
Bestattungsanstalt
Breslau, Oderstr. 30
Eingang Malergasse 25

Telefon 59 204

Privatwohnung: Friedrich-Karl-Str. 28

Alwin Kaiser

Stempel
Schilder
Schablonen
Abzeichen
Gravuren

Breslau 1, Am Rathaus 15
Fernruf 29487 - Gegründet 1868

KLISCHEES
Köhler & Lorenz
BRESLAU 1
KUPFERSCHMIEDSTR. 4-1
RUF. 51424

Buchdruckerei
Lampner & Schmidt
Breslau 1, Herrenstr. 7
Spez. Karten- u. Plandruck
in schwarz und bunt
Lieferant des
„Bundes Deutscher Osten“

Victor Zimmer
Breslau, Albrechtstraße 52
Buchhandlung

H. Gräbner & Sohn
Inhaber: Arthur Gräbner

**Spezialwerkstätten
für Büromöbel**

Breslau 13, Höfchenstr. 36/40
Fernruf 54794

Lieferant des Bundes deutscher Osten,
Breslau, Gartenstraße, Landeshaus.
Für Ortsgruppe des Bundes Sonderpreise.

Paß- und Ausweisbilder

4 Stck. 0,50, sofort mitnehmen
Photomatton

Beuthen O.S., Bahnhofstraße 13, Breslau,
Neue Schweidnitzstr. 1 und Hauptbahnhof

Uhren-Schultze
Breslau 1, Junkernstr. 12
gegenüber Klasing

Alpina-Uhren — Trauringe

Wäsche u. Leinenhaus
Faulhaber

in großer Auswahl
und bekannter Güte!

BRESLAU
Schweidnitzstr. 13-15. Tel. 54414

**Diabetiker Gebäck
und Nährmittel**

S. Friedländer, Inh. Adolf Koch
Breslau 1, Ohlauer Straße 39
Deutsches Geschäft
Fordern Sie Preisliste

Gustav Knauer

Möbeltransport
Speicherel
Spedition

Breslau 6
Telefon 28747

Ausweisbilder

Überall gültig liefert in jeder Größe

FOTO-FIX, Breslau 1
Schweidnitzstr. 21/22, b. Stadt-Theat.
9 Paßbilder 1,- RM., 3 Paßbilder 0,40,
3 verschiedenes Postkarten 1,- RM.

Koindék & Co.

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Tarnowitzerstr. 19. Tel. 2033

Barasch Jetzt in
arischem Besitz
Das Kaufhaus für Alle

Weihnachtsgeschenke
über die sich jeder freut

die alle Erwartungen erfüllen, finden Sie in großer Aus-
wahl bei uns. Wir bringen wirklich praktische, nützliche,
hübsche und doch billige Gaben, sodaß jeder seine
Lieben bedenken kann. / Kommen Sie bald zu uns!

Leinenhaus Gotthard Völkel, Breslau
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 58 (2. Haus v. Ring)

Beuthen

Besucht

Pawelczyk's Sternensäle

Beuthen-Rosberg O./S.
Kamliner Straße 35. Tel. 4695

Konzerthaus-Gaststätte

Hermann Bernard
Beuthen O./S. Tel. 2247

Verkehrslokal d. B. D. O.

Bierhaus

Willimsky

Gleiwitzer Straße 25
Fernsprecher 2520

Treffpunkt aller B.D.O. Mitglieder

Hermann Kühn, Buchhandlung
Beuthen O./S., Dyngosstraße
Ecke Kaiserplatz 6c

*Schnellste Besorgung
von Büchern u. Zeitschriften*

E. Paulsen & Co.

*Oberschlesiens
größtes Spezialhaus für
Herren- u. Knabenkleidung*

Beuthen O./S., Ring 7

Hans Schlinga

vorm. Gebr. Markus

Beuthen O./S., Ring 23

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
Damenbekleidung - Putz

PELZE

Hüte, Mützen, Schirme
Stoffmäntel

EMIL HANKE

Beuthen, Gleiwitzerstr. 19

Haake & Kaletta

Porzellan • Kristall • Keramik
Beuthen, Bahnhofstr. 28

Adolf Wermund

Seifenfabrik u. Parfümerie
Beuthen O./S.

M. Skrzypczyk

Fachgeschäft für moderne
Herren- u. Knabenbekleidung
Ring 21 / Tel. 5004

Bunzlau

Oswald August

Bunzlau, Zollsstraße 13
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Schnittwaren — Trikotagen
Herrenartikel

K. Gottschling

Bunzlau, Bahnhofstr. 1
Leinen • Wasche • Betten

Bücher u. Noten

Appens Buch- u. Musikalienhandlung
A. Neudecker, Inh. Willi Konzek
Bunzlau, Markt 28 (Ecke Bahnhofstr.). Tel. 1298

Glatz

Spare

bei der
Städt. Sparte
in Glatz

Gegründet im Jahre 1921

Friedrich Franke

Tischlermeister
Bau- u. Möbelgeschäft, Sargmagazin,
Aufnahmen, Überführungen
Glatz, Berberstr. 9-3, am Rößmarkt
Fernruf 2496

Gleiwitz

**Neumanns
Stadtbuchdruckerei
Gleiwitz**

verbunden mit Buchbinderei,
Linieranstalt, Klischeefabrik
fertigt alle Drucksachen für
Behörden, Industrie, Handel,
Gewerbe und Familie

**In Steindruck
ein- und mehrfarbige
Werbeplakate**

neuzeltlich u. wirkungsvoll. Etiketten
für alle Branchen. / Man verlange
Vertreterbesuch. Fernsprecher 251

Haynau

Gaststätte
Volksgemeinschaftshaus
Haynau, Schlesien
Inh. H. Wilde / Fernruf 9
Preiswerter Mittagstisch
Verkehrslokal vom B. D. O.

Liegnitz

Deutsches Volkshaus
Inh. Paul Becker
LIEGNITZ, Bismarckstraße 4
Fernruf 5275
Verkehrslokal v. B. d. O.
Preiswerter Mittagstisch

Reichenbach

*Immer
auf der Höhe*

in Auswahl, Qualität
Preiswürdigkeit!

Paul Eitner

Reichenbach (Eulengb.) Seit 1910

Aug. Splittgerber

Haus- und Küchengeräte
Reichenbach - Eulengb.

Johanny **Reinbach**

BEUTHEN 94 - Gleiwitz Str. 4

Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Herren-
artikel, Gardinen, Damenkonfektion

Eine kleine
Anzeige
ist besser als
keine Anzeige!

Esperstedt & Co.

Königsberg (Pr.), Tragh. Kirchenstraße 35

Ingenieurbüro
für Projektierung
und Ausführung
von

Zentralheizungen * Sanitären Anlagen

**Ostpr. Kriegsbeschädigten-
und Erwerbsbeschränkten-Werkstätten**

G. m. b. H. Königsberg 1. Pr.



e m p f e h l e n

- | | |
|---------------------------------|--|
| aus ihrer Schuhmacherei: | Laufschuhe, Fußballschuhe, Stiefel, Schnürschuhe |
| aus ihrer Sattlerei: | Koppel, Schulterriemen, Tornister |
| aus ihrer Schneiderei: | Bekleidungsstücke aller Art |
| aus ihrer Tischlerei: | Tischlerwaren aller Art |
| aus ihrem Sägewerk: | Bauholz für Bau- und Siedlungszwecke |

Fernsprecher Nr. 40266

THYSSEN Eisen- u. Stahl-Aktiengesellschaft

Zweigniederlassung Königsberg (Pr.) 5
Holsteiner Damm 45/50 Ruf 24101

Eisen • Eisenwaren • Baustoffe

Träger, Moniereisen, Bleche, Röhren,
verzinkte Stahldachpfannen, Drahtwaren,
Heizkörper und Kessel für Zentralheizungen

Seit
• 1863 •

Zentralheizungen

VON

Emil KELLING GmbH

Auf allen wärmetechnischen Gebieten:
von der kleinsten Stockwerkheizung
bis zur größten Wärmekraftzentrale
beraten wir Sie fachmänn. u. kostenlos
Königsberg Pr. Telefon 35848

**Heizungen
Wasserleitungen
Bäder usw.**

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

Schäffer & Walcker

Zentralheizungen G. m. b. H. • Gegründet 1855

Königsberg (Pr.), Fernsprecher Nr. 42012-13, Vorstädt. Langgasse 27

Fernheizungs-, Warmwasserbereitungs- u. Lüftungsanlagen

In unseren

Ausstellungsräumen im Stadthaus können Sie alle

elektr. Geräte u. Gasapparate
für Haus, Küche u. Werkstatt
zwanglos besichtigen

Wir führen Ihnen alles im Betrieb vor, erklären Ihnen die Wirkungsweise und geben Ihnen Auskunft über Preise sowie Strom- und Gasverbrauch. Ob Sie nun besonderes Interesse an einer bestimmten Frage haben, oder sich ganz allgemein unterrichten wollen, fürchten Sie nicht, uns lässig zu fallen. Ihr Besuch ist uns stets willkommen. Selbstverständlich ist alles kostenlos und unverbindlich für Sie. Werktäglich geöffnet von 8-18 Uhr

**Königsberger Werke
und Straßenbahn GmbH.**

Heizungsbau G. m. b. H.

Königsberg (Pr.), Unterhaberberg 26
Fernruf 44306, 44645

**Zentralheizungen
Sanitäre Anlagen**

Wir firmierten bisher:

H. Schaffstaedt G. m. b. H.

Ostdeutsches Centralheizungswerk

Inhaber: Hermann Kohnert

Königsberg (Pr.), Königstr. 82b u.c.
Telefon 32404 und 31917

Heizungs-, Lüftungs-, sanitäre Anlagen

Knittel & Welker

Bauunternehmung

Beton und Eisenbetonbau
Hoch- und Tiefbau

Königsberg i. Pr. Ruf 38984
Steindamm 67-69

Possekel & Schader

Kom.-Ges.

Bauunternehmung

Königsberg Pr., Französische Str. 1

Kalk- u. Mörtelwerke

Gegründet 1899 • Fernsprecher 34121
Aktiengesellschaft

**Baustoffe aller Art
Eigene Kleswerke
u. Schleppschiffahrt**

Königsberg (Pr.)
Gebauhrstraße 74

Kampf der Schwarzarbeit!



*Aufträge nur an
Innungsmitglieder*



Baugewerbe- und Zimmerer-Innung, Tilsit